



Magazin

Zeitschrift des Verbandes Bildung und Erziehung – Landesverband Baden-Württemberg

Juli/August 2026
E 4508

Themen

- **Gastbeitrag:**
Dr. Ulrike Rangel
- **Gemeinsam für verlässliche Schulbegleitung**
- **Realschule 2030**
- **Der VBE im Gespräch**
- **Beyer hilft weiter!**
- **Die transformierende Kraft der Wahrnehmung.**
Von Sandra Ritschmann
- **Akute Ausbeutung: Teilzeit Tabulera.** Von Peter Jod 
- **Erste Hilfe: Ertrinken**
- **Aus den Referaten**
 - Fachlehrkräfte
 - Gemeinschaftsschule
 - Junger VBE
 - Kindertagesstätten
 - Grundschule
 - Schwerbehinderung
 - Senioren

7/8



Erholsame Sommerferien wünscht Ihnen Ihr VBE Baden-Württemberg



Herausgeber:

Verband Bildung und Erziehung (VBE)
Landesverband Baden-Württemberg
Heilbronner Straße 41, 70191 Stuttgart
Telefon 0711 / 2 29 31 46
Telefax 0711 / 22 93 14 79
E-Mail: vbe@vbe-bw.de
Internet: <https://www.vbe-bw.de>

Vorsitzender:

Gerhard Brand
Hofberg 33, 71540 Murrhardt
Telefon geschäftlich: 0711 / 2 29 31 46
E-Mail: gerhard.brand@vbe-bw.de

Geschäftsführung:

Ines Walter
Heilbronner Straße 41, 70191 Stuttgart
Telefon 0711 / 2 29 31 46
Telefax 0711 / 22 93 14 79
E-Mail: vbe@vbe-bw.de
Internet: <https://www.vbe-bw.de>

Redaktion/Layout/Herstellung:

SPMedien, Susanne Preget
Olgaweg 5, 71540 Murrhardt
E-Mail: vbe.magazin@vbe-bw.de

Anzeigenwerbung:

Wilke Mediengruppe GmbH
Oberallener Weg 1, 59069 Hamm
Telefon 0 23 85 / 4 62 90-0
Telefax 0 23 85 / 4 62 90-90
E-Mail: info@wilke-mediengruppe.de

Mitgliederservice:

Telefon 0711 / 2 29 31 46
E-Mail: vbe@vbe-bw.de

Rechnungsstelle:

Alexandra Vock
Kaiserstuhlring 58, 68239 Mannheim
E-Mail: alexandra.vock@vbe-bw.de

Druck:

Wilke Mediengruppe GmbH
Oberallener Weg 1, 59069 Hamm
E-Mail: info@wilke-mediengruppe.de

Redaktionsschluss:

Magazin 9-2026: 14. August 2026
Magazin 10-2026: 4. September 2026
Das VBE-Magazin erscheint 10-mal jährlich (dabei zwei Doppelnummern). Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder bestellen über die Landesgeschäftsstelle, Heilbronner Straße 41, 70191 Stuttgart. Einzelheft 2,00 €, zuzüglich Versandgebühr, Jahresabonnement: 20,00 €. Bei Nichtlieferung infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Die Artikel werden nach bestem Wissen veröffentlicht und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Rechtsansprüche können aus der Information nicht hergeleitet werden. Gezeichnete Beiträge sind nicht unbedingt mit der Meinung des Verbandes identisch. Die Artikel sind urheberrechtlich geschützt. Ein Nachdruck, ganz oder teilweise, ist nur mit Genehmigung der Redaktion, die gerne erteilt wird, zu gezeichneten Beiträgen mit der des Verfassers, bei Zusendung eines Belegexemplares gestattet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr. Die Einsender erklären sich mit einer redaktionellen Prüfung und Bearbeitung der Vorlage einverstanden. Besprechung unverlangt zugesandter Bücher bleibt vorbehalten.

Fotos: Titel: Sunny studio – AdobeStock; Seite 4: StockPhotoSecrets; Seite 5: Nico ElNino; Seite 6 und 9: Sunny studio; Seite 12: Feodora; Seite 16: Wolfiler; Seite 18: vejaa; Seite 22: Robert Kneschke; Seite 29: deagreez; Seite 32: MaFiFo; Seite 39: 2xSamara; JackF; Grischa Georgiew; Seite 40: kichigin19 – alle AdobeStock
ISSN 0942-4628

Editorial

Zeit zum Durchatmen

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor Sie in die wohlverdiente Sommerpause gehen, möchten wir Ihnen nochmals Danke sagen. Auch in diesem Schuljahr haben Sie Kinder und Jugendliche mit viel persönlichem Einsatz und hoher Professionalität begleitet, gefördert und gestärkt. Ob im Klassenzimmer, in der Kita, in der Schulleitung oder in der Verwaltung – Ihr tägliches Engagement verdient gerade in Zeiten stetig wachsender Anforderungen höchste Anerkennung.

Der VBE Baden-Württemberg hat Sie im zurückliegenden Schuljahr auf vielfältige Weise begleitet. Mit Fachtagungen und Kongressen wie dem Grundschulnachmittag, der Schulbaukonferenz, dem Fachlehrkräftetag oder dem Deutschen Kitaleitungskongress in Stuttgart haben wir Räume für Austausch, Fortbildung und Vernetzung geschaffen. Unsere Studien und Umfragen konnten wichtige bildungspolitische Debatten anstoßen. Die Sorgen und Nöte unserer Studierenden haben wir gemeinsam mit dem SINUS-Institut in einer groß angelegten Untersuchung des Lehramtsstudiums sichtbar gemacht. Die zentralen Herausforderungen unserer pädagogischen Fachkräfte in der frühkindlichen Bildung haben wir in Kooperation mit FLEET und der Hochschule Koblenz in der DKLK-Studie beleuchtet. Für unsere Kolleginnen und Kollegen in den Grundschulen, der Sekundarstufe I und den SBBZen haben wir jeweils gemeinsam mit forsa die größten schulischen Problemlagen erhoben und in die politische Diskussion eingebracht. All diese Studien machen deutlich: Die Herausforderungen vor Ort wachsen weiter. Viele Aufgaben werden an Kitas und Schulen übertragen, ohne dass die notwendigen Ressourcen in gleichem Maße mitwachsen. Umso wichtiger bleibt es, dass wir diese Erfahrungen sichtbar machen und Ihre Stimme in die politische Diskussion einbringen.

Mit Spannung richten wir den Blick auf das kommende Schuljahr. Mit Kultusminister Andreas Jung und Staatssekretär Andreas Deuschle übernimmt ein neues Führungsteam große Verantwortung für die Bildungspolitik



Gerhard Brand

in Baden-Württemberg. Der VBE hat unmittelbar nach Amtsantritt das Gespräch mit ihnen gesucht. Dabei wurde deutlich: Beide eint der Anspruch, pragmatische Lösungen zu entwickeln und den Blick auf das Machbare zu richten. Andreas Jung schilderte offen, dass ihn die Berufung zum baden-württembergischen Kultusminister nach seiner langen Tätigkeit in der Bundespolitik selbst überrascht habe. Als Vater zweier schulpflichtiger Kinder und Sohn eines Lehrerehepaares sei Bildung für ihn jedoch weit mehr als ein politisches Ressort – sie sei ihm ein persönliches Anliegen. Um das Ministeramt in Stuttgart anzutreten, habe er im Mai 2026 sein direkt gewonnenes Bundestagsmandat für den Wahlkreis Konstanz nach über 20 Jahren niedergelegt. Sein Ziel ist klar formuliert: Baden-Württemberg soll wieder zur Spitze der Bildungslandschaft zählen.

Die bildungspolitischen Hausaufgaben auf diesem Weg sind vielfältig und anspruchsvoll. Wir werden das neue Führungsteam an seinen Entscheidungen und Ergebnissen messen und den Dialog weiterhin konstruktiv, kritisch und lösungsorientiert begleiten. Über unser erstes Gespräch berichten wir ausführlich in der nächsten Ausgabe. Bis dahin wünschen wir Ihnen zunächst das, was jetzt am wichtigsten ist: Zeit zum Durchatmen und zur Erholung. Nach der außergewöhnlichen Junihitze hoffen wir auf einen Sommer, der zwar sonnig ausfällt, aber etwas gnädiger mit uns allen umgeht. Tanken Sie Kraft und kommen Sie gesund, motiviert und mit neuer Energie ins kommende Schuljahr zurück. Der VBE Baden-Württemberg wird auch dann wieder verlässlich an Ihrer Seite stehen.

Es grüßt Sie herzlichst

Ihr 

Landesvorsitzender

Kompetenzen messen für unterschiedliche Ebenen des Bildungssystems

Wer einen Blick in den Koalitionsvertrag 2026 wirft, sieht, dass die baden-württembergische Bildungspolitik in der nächsten Legislatur in einem Bereich von großer Kontinuität geprägt sein wird: Man bekennt sich ausdrücklich zur datengestützten Qualitätsentwicklung „auf allen Ebenen“ – und das insbesondere mit Blick auf die Basiskompetenzen der Schülerinnen und Schüler, die „von der Kita bis zur beruflichen Schule“ gestärkt werden sollen (S. 49).

Explizit benannt werden der weitere Ausbau der Lernstandserhebungen, die diagnosegeleitete Lernförderung, etwa durch die Einführung einer flächendeckenden Lernverlaufsdiagnostik, sowie die unterschiedlichen internationalen und nationalen Erhebungen. Diese und die bestehenden Verfahren sollen dabei besser aufeinander bezogen und vergleichbar werden. Damit sind Kompetenzmessungen auf allen Ebenen des Bildungssystems angesprochen: das Monitoring des Bildungssystems durch Schulleistungsstudien, Lernstandserhebungen mit Fokus auf Schul- und Klassenebene und Lernverlaufsdiagnostiken, welche die einzelnen Schülerinnen und Schüler adressieren.

Aus Sicht des IBBW ist es nicht nur erfreulich, sondern zwingend, dass der Koalitionsvertrag die Bedeutsamkeit von standardisierten, auf den Bildungsstandards beruhenden Kompetenzmessungen hervorhebt. Sie dienen der Reflexion der Innensicht auf die Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler. Lernstandserhebungen etwa ergänzen die diagnostischen Alltagsbeobachtungen von Lehrkräften. Der „PISA-Schock“ hat gezeigt, dass auch ganze Bildungssysteme die Leistungen ihrer Schülerinnen und Schüler falsch einschätzen können.

Wenn es um die angesprochene Vergleichbarkeit der Verfahren zur Kompetenzmessung auf den unterschiedlichen Ebenen geht, lohnt es sich, Fragestellungen und Funktionen der Verfahren differenziert zu betrachten.

Schulleistungsstudien wie der IQB-Bildungstrend dienen dem Systemmonitoring. Sie sind ein Instrument für die Steuerungsebene, um evidenzbasiert bildungspolitische Schwerpunkte und Maßnahmen abzuleiten. Adressiert werden Fragen wie: „Wie entwickeln sich die Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg über die Zeit hinweg?“, „Wie stark unterscheiden sich die Leistungen der Schülerinnen und Schüler nach sozialer Herkunft?“ Um solche Fragen mit hoher Präzision zu beantworten, werden beim IQB-Bildungstrend aufwändige Erhebungs- und Auswertungsverfahren eingesetzt. Die Schülerkompetenzen werden auf Basis von weit mehr als hundert Aufgaben pro Bereich geschätzt. Externe Testleitungen, zentrale Auswertungen und komplexe statistische Berechnungsmodelle sorgen für eine hohe Standardisierung und Belastbarkeit der Ergebnisse. Entsprechend werden die Ergebnisse in der Regel erst ein Jahr nach der Durchführung veröffentlicht.

Hier wird der Unterschied zu den Lernstandserhebungen direkt deutlich, deren Durchführung unaufwändig sein muss und deren Ergebnisse den Schulen schnellstmöglich zur Nutzung vorliegen sollen. Lernstandserhebungen wie Lernstand 5 basieren auf einer begrenzten Anzahl von Aufgaben und werden von Lehrkräften vor Ort durchgeführt und ausgewertet. Für ein belastbares Monitoring der Entwicklung von Schülerleistungen auf Landesebene sind sie daher nicht geeignet. Lernstandserhebungen dienen jedoch einer anderen Funktion. Sie geben Einblick, wo Schülerinnen und Schüler zu Beginn eines Bildungsabschnitts stehen und welche Kompetenzen sie in Bezug auf die Bildungsstandards bereits erworben haben. Sie liefern Fachschaften und einzelnen Lehrkräften Hinweise, welche Aspekte im Unterricht verstärkt aufgegriffen oder wie Schülerinnen und Schüler gefördert werden können.

Sinnvoll ergänzt werden Lernstandserhebungen durch Lernverlaufsdiagnostiken, die den kontinuierlichen Lernprozess ins



Dr. Ulrike Rangel ist Direktorin des Instituts für Bildungsanalysen Baden-Württemberg (IBBW).

Zentrum stellen. Sie geben Hinweise, ob Schülerinnen und Schüler von einer bestimmten Unterrichtseinheit profitiert haben und wie sich Kompetenzen im Schuljahresverlauf entwickeln. Gleichzeitig nehmen die sehr knappen Tests nur kleine Ausschnitte der Bildungsstandards in den Blick. Unterschiedliche Fragestellungen brauchen demnach unterschiedliche Instrumente. Deswegen ist es wichtig, die spezifischen Funktionen und Ausrichtungen der einzelnen Verfahren klar zu kommunizieren.

Selbstverständlich ist auch: Bei der Kompetenzmessung darf es nicht bleiben. Auf allen Ebenen braucht es Anschlussprozesse, um mit den gewonnenen Daten zu arbeiten. Daher treibt das IBBW – neben Ausbau und Digitalisierung der Lernstandserhebungen – die Entwicklung von Fördermaterialien mit VERA+ und Lernstand+ in enger Abstimmung mit dem ZSL voran. Auch auf Systemebene kommt es darauf an, Ergebnisse in konkrete Entwicklungsmaßnahmen zu überführen (vgl. die kürzlich veröffentlichte „Roadmap“ von Bund und Ländern zum IQB-Bildungstrend 2024). Indem Kompetenzmessungen – vom einzelnen Schüler/der einzelnen Schülerin bis hin zum Bildungssystem insgesamt – in systematische Prozesse der Qualitätsentwicklung eingebunden werden, können sie Wirksamkeit für das Lernen der Schülerinnen und Schüler entfalten.

Auf der 3. Seite überlassen wir regelmäßig Personen des öffentlichen Lebens, Politikern und Politikerinnen oder Bildungsforschenden das Wort. Die Argumente und Positionen dieser Personen müssen inhaltlich nicht mit den Positionen des VBE übereinstimmen.

VBE zu den Empfehlungen der Kommission „Kinder und Jugendschutz in der digitalen Welt“

Die Expertenkommission „Kinder und Jugendschutz in der digitalen Welt“ hat heute ihre Handlungsempfehlungen veröffentlicht. Der VBE-Landesvorsitzende Gerhard Brand ordnet ein: „Wir begrüßen die Menge und Vielfalt der Empfehlungen. Es wird bewusst, an wie vielen Stellschrauben zu drehen ist, um Kinder und Jugendliche in der digitalen Welt kompetent zu begleiten. Dies wird der Herausforderung deutlich gerechter als ein pauschales Verbot. So wird die Teilhabe gesichert, während gleichzeitig die für einen sicheren Umgang notwendigen Kompetenzen gewährleistet werden. Diese fokussieren richtigerweise nicht nur auf einen gesunden Umgang mit Medien, sondern beginnen schon mit der Fähigkeit zur Selbstregulation und dem Kennenlernen des Smartphones als nützlichen Alltagshelfer und nicht als reine Bespaßungsmaschine. Dass die Anbieter ihr Übriges beizutragen haben, steht außer Frage. Hier muss die Politik wirkmächtige Maßnahmen ergreifen.“

Der VBE-Landesvorsitzende äußert sich zu einzelnen Empfehlungen:

„Eltern zu sensibilisieren ist unbedingt notwendig. Gleichzeitig wissen wir um die vielen

weiteren Belange, welche die Aufmerksamkeit der Eltern bedürfen. Informationen müssen daher möglichst knapp, niedrigschwellig und auf die möglichen Konsequenzen für die Kinder fokussiert sein.“

„Medienpädagogik für Berufe im Bildungssystem stärker zu verankern, ist ein richtiger Weg. Doch nicht nur die Ausbildung, auch die fortwährende Unterstützung des Bestandspersonals muss im Fokus sein. Die schnellleibigen Veränderungen müssen auch kurzfristig an Kitas und Schulen Eingang in den pädagogischen Alltag und die Beratung von Eltern finden. Dafür braucht es Zeit und qualitativ hochwertige Fortbildungen.“

„Ein KI-Seepferdchen ist eine spannende Möglichkeit, Kenntnisse nachzuweisen und einen ersten, formalisierten Zugang zu KI zu finden. Die praktische Herausforderung ist jedoch, dass wir mit der Entwicklung kaum hinterherkommen. Hier sind für mich viele praktische Fragen offen.“

„Demokratiebildung und Digitales zusammenzudenken, ist in unserer Zeit ein wichtiger Hebel. Wir sehen, wie der digitale Raum von extremistischen Strömungen

genutzt wird. Dem müssen wir etwas entgegensetzen. Sei es durch Erprobungsräume oder Peer-Lernen. Besonders freut uns, dass das Potenzial multiprofessioneller Zusammenarbeit ebenfalls Bestandteil der Empfehlungen geworden ist. Die soziale Arbeit zu stärken ist essenziell.“

„Digitale Delikte schneller und besser anzeigen zu können, wäre eine große Hilfe, um den Kinder und Jugendschutz zu gewährleisten. Denn wir wissen aus der praktischen Arbeit, welche Herausforderung es ist, Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern zu verdeutlichen, dass Lehrkräften keine „Beweisbilder“ zugeleitet werden dürfen, da sie sich mit dem Besitz selbst strafbar machen.“

Nicht zuletzt wendet sich der VBE-Landesvorsitzende aber mit einem weiteren Anliegen an die Politik: „Nicht nur digitale Räume sollen kindgerecht gestaltet werden. Wer eine maßvolle Nutzung digitaler Geräte möchte, muss Möglichkeiten der analogen Begegnung bereitstellen. Die aktuelle Debatte zu Einsparpotenzial bei der Jugendhilfe ist nicht hilfreich.“

VBE Pressedienst vom 24. Juni 2026

Bildung in Schieflage: Soziale Herkunft schlägt Leistung

„Die Ergebnisse des aktuellen Bildungsberichtes sind ein Armutszeugnis für eine der größten Volkswirtschaften weltweit. Die Folgen der bildungspolitischen Versäumnisse der vergangenen Jahrzehnte werden immer sichtbarer und lassen sich nicht mehr ignorieren“, erklärt Gerhard Brand, Landesvorsitzender des VBE BW, anlässlich der Veröffentlichung des Berichts „Bildung in Deutschland 2026“.

Insbesondere Kinder aus sozial benachteiligten Familien haben dem Bericht zufolge bereits vor dem Eintritt in die Schule schlechtere Chancen auf Bildung. Dies zieht sich durch

den gesamten Bildungsverlauf, so haben Kinder aus sozial benachteiligten Familien die grundlegenden Kompetenzen im Lesen zu fast 40 Prozent und in Mathematik zu fast 50 Prozent nicht erreicht. Kinder aus privilegierten Elternhäusern betrifft dies nur zu jeweils 9 Prozent. „Den Grund dafür sehen wir in der Praxis Tag für Tag: Schulen leiden unter massivem Personalmangel, sanierungsbedürftigen Gebäuden und einer mangelhaften Digitalisierung und trotzdem sollen sie neben ihrem Bildungsauftrag immer neue gesellschaftliche Herausforderungen lösen. Dass dieser Spagat insbesondere bei der notwendigen individuellen Förderung be-

troffener Kinder Spuren hinterlassen muss, ist offensichtlich und wird vom VBE seit vielen Jahren angemahnt“, betont Brand.

Er fordert: „Mit Blick auf die Zukunft unserer Gesellschaft muss Bildung endlich zu einem zentralen Fokus der Politik werden. Die zur Veröffentlichung des Berichtes beschworene ‚neue Realität‘ dürfen wir nicht als Ausrede für einen dauerhaften Qualitätsverlust akzeptieren. Ohne weitreichende Investitionen in unser Bildungssystem steht nicht nur die wirtschaftliche Basis, sondern auch unser demokratisches Miteinander auf dem Spiel.“

VBE Pressedienst vom 15. Juni 2026

dbb-Kampagne: Lehrkräfte sind „Deutschlands Stärke“

Der dbb beamtenbund und tarifunion (dbb) hat heute die Kampagne „Deutschlands Stärke: unser öffentlicher Dienst“ veröffentlicht. Die Botschaft: Ein starkes Land gibt es nur mit einem starken öffentlichen Dienst und einem starken Berufsbeamtentum.

Auf der Kampagnenwebseite finden sich Beispiele für Berufsfelder, Fakten zum Arbeiten im öffentlichen Dienst und zum Berufsbeamtentum sowie konkrete Forderungen, wie der öffentliche Dienst (wieder) attraktiver gestaltet werden kann. Der dbb-Bundesvorsitzende Volker Geyer erläutert: „Wir wollen die Menschen zeigen, die im Dienst des Landes stehen. Der öffentliche Dienst ist keine anonyme Kostenstelle. Es sind über 5 Millionen Menschen, die sich jeden Tag aufs Neue für unsere

Gemeinschaft einsetzen – unter teils widrigen Bedingungen.“ Der dbb wehrt sich mit der Kampagne auch gegen Angriffe auf das Berufsbeamtentum. Der Vorsitzende Volker Geyer verweist darauf, dass die Beschäftigten im öffentlichen Dienst für Sicherheit, Bildung, Infrastruktur, Steuergerechtigkeit, Umwelt- und Verbraucherschutz und vieles mehr sorgen: „Sie sind für erfolgreiches Wirtschaften ebenso unerlässlich wie für den Zusammenhalt der Gesellschaft.“

Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) ist mit 164.000 Mitgliedern die größte Fachgewerkschaft im dbb. Der Landesvorsitzende des VBE BW, Gerhard Brand, erklärt: „Über ein Drittel aller Beamtinnen und Beamten sind an Schulen zu finden. Oder anders: Fast drei Viertel (74,1 %) aller

Beschäftigten im Schuldienst der Länder sind verbeamtet. Das ist gut und richtig, um allen Kindern einen verlässlichen Zugang zu guter Bildung zu gewährleisten. Nur so kommen wir dem Ziel näher, Bildungsgerechtigkeit zu verwirklichen. Dabei sorgt der Beamtenstatus für Verlässlichkeit, Stabilität und das Funktionieren des Schulbetriebs. Es ist deshalb wichtig, sich nicht von kurzfristigen Versprechungen leiten zu lassen, sondern das große Bild zu sehen. Die Kampagne macht sichtbar, wie relevant die Aufgaben, welche von Personen im öffentlichen Dienst ausgeübt werden, für den deutschen Staat sind.“

Hinweis: Eine der Protagonistinnen der Kampagne, Julia H., ist Mitglied des VBE-Landesverbandes in Bayern, dem Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverband.

VBE Pressedienst vom 15. Juni 2026



VBE zum Schulleitungsmonitor

Laut Schulleitungsmonitor Deutschland sind viele Schulleitungen unter bestimmten Voraussetzungen bereit, stärker mit Daten zu arbeiten. Gleichzeitig attestiert sich jedoch die Hälfte der Befragten nur mittelmäßige, weitere 15 Prozent geringe Kompetenzen, die Schule auf Basis erhobener Daten zu verändern.

„Es muss jetzt damit begonnen werden, Schulleitungen und Lehrkräfte in den Prozess zu holen. Sie müssen noch besser verstehen, welche Daten wofür gut sind, und wie sie die Ergebnisse sinnvoll in Maßnahmen umsetzen können. Dafür müssen ihnen dann aber auch die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stehen. Das Motto muss sein: Datengestützte Entwicklung nur bei rechtzeitiger Einbindung, Vorbereitung, Unterstützung und gleichzeitiger Entlastung von Schulleitung“, fordert Gerhard Brand, Landesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) Baden-Württemberg, mit Blick auf die heute erschienene Studie der Wübben Stiftung Bildung. „Schulleitungen erleben ihre Arbeit als dauerhaft belastend. In unseren

repräsentativen forsa-Schulleitungsbefragungen konnten wir zeigen, dass dies auf die Arbeitsverdichtung, hohe bürokratische Anforderungen und die sich aus dem Fachkräftemangel ergebenden Herausforderungen zurückgeführt werden kann. Der Schulleitungsmonitor der Wübben Stiftung zeigt die Konsequenz des hohen Arbeitspensum: Ein Fünftel der Schulleitungen zeigen Burnout-Symptome. Kein Wunder, dass 80 Prozent der Befragten angeben, unzufrieden mit der Unterstützung der Schulbehörde zu sein. Am Ende setzt die Politik darauf, dass die Schulleitungen trotz ihres hohen Unmuts dem Beruf gerne nachgehen und hohe Motivation aus der Arbeit mit Kindern und im unterstützenden Kollegium ziehen. Das reicht aber langfristig nicht“, warnt Brand.

Der VBE-Landesvorsitzende fordert: „Die Umfrage zeigt einmal mehr, dass die gesundheitliche Situation von Lehrkräften und Schulleitungen stärker beobachtet und geeignete Maßnahmen identifiziert und angewendet werden müssen, um zum Beispiel das Burnout-Risiko zu senken, aber

auch die Arbeit der Schulaufsicht zu unterstützen. Die OECD-Studie TALIS ist dafür das richtige Instrument. Mit einer breit angelegten Kampagne, bei der wir u. a. die Bildungsministerkonferenz angeschrieben haben und mit vielen der Bildungsverantwortlichen schon im Gespräch waren, fordern wir die Teilnahme Deutschlands an der nächsten TALIS Studie 2030 ein.“

VBE Pressedienst vom 3. Juni 2026

www.vbe-bw.de



Weitere aktuelle
Pressemeldungen finden
Sie auf unserer Homepage



Gemeinsam für verlässliche Schulbegleitung

**VBE, Landeselternbeirat und
Landesschülerbeirat setzen ein
gemeinsames Zeichen für Teilhabe,
Bildungserfolg und verlässliche
Unterstützung im Schulalltag**

Die Diskussionen um die Finanzierung der Eingliederungshilfe und der Schulbegleitung sorgen derzeit vielerorts für Verunsicherung. Aus Sicht des VBE Baden-Württemberg sind verlässliche Unterstützungsstrukturen jedoch unverzichtbar, damit schulische Teilhabe gelingen kann und alle Kinder und Jugendlichen die ihnen zustehenden Bildungschancen erhalten. Vor diesem Hintergrund hat sich der VBE in einer gemeinsamen Stellungnahme mit dem Landeselternbeirat (LEB) und dem Landesschülerbeirat (LSBR) an die kommunalen Spitzenverbände Baden-Württembergs und das Kultusministerium gewandt.

Lehrkräfte, Eltern und Schülerinnen und Schüler ziehen an einem Strang

Dass Lehrkräfte, Eltern und Schülerinnen und Schüler gemeinsam Position beziehen, ist alles andere als selbstverständlich. Umso bemerkenswerter ist die gemeinsame Stellungnahme von VBE, LEB und LSBR zur Bedeutung von Eingliederungshilfe und Schulbegleitung. Anlass sind die anhaltenden Debatten über die Finanzierung entsprechender Unterstützungsleistungen. Angesichts der angespannten Haushaltslage vieler Kommunen und Landkreise wird zunehmend offen darüber nachgedacht, wie die steigenden Ausgaben begrenzt und individuelle Unterstützungsleistungen verstärkt durch sogenannte Pool-Lösungen organisiert werden können. Die drei Organisationen warnen jedoch davor, notwendige Hilfen für Kinder und Jugendliche vor allem unter finanziellen Gesichtspunkten zu betrachten.

Für viele Schülerinnen und Schüler sind individuelle Schulbegleitungen keine zusätzliche Unterstützung, sondern eine grundlegende Voraussetzung für den Schulbesuch und die aktive Teilnahme am Unterricht. Sie helfen dabei, individuelle Herausforderungen im Schulalltag zu bewältigen und tragen dazu bei, dass Bildungschancen unabhängig von persönlichen Beeinträchtigungen wahrgenommen werden können. Gleichzeitig profitieren nicht nur die betroffenen Kinder und Jugendlichen. Verlässliche Unterstützungsstrukturen entlasten Lehrkräfte, fördern ein konstruktives Lernumfeld und tragen dazu bei, dass Unterricht für



alle Schülerinnen und Schüler erfolgreich gestaltet werden kann. Fehlen diese Hilfen oder werden sie durch Sparmaßnahmen ausgedünnt, steigen die Belastungen für Schulen und Familien gleichermaßen.

Mit ihrer Stellungnahme appellieren VBE, LEB und LSBR an die Verantwortlichen in Kommunen, Landkreisen und Gemeinden, notwendige Unterstützungsangebote dauerhaft und qualitativ hochwertig abzusichern. Das gemeinsame Schreiben wurde an den Gemeindetag Baden-Württemberg, den Städtetag Baden-Württemberg und den Landkreistag Baden-Württemberg übermittelt. Das Kultusministerium erhielt die Stellungnahme zur Information.

Verlässliche Schulbegleitung ...

- ermöglicht die Teilnahme am Unterricht,
- stärkt Selbstständigkeit und soziale Teilhabe,
- entlastet Lehrkräfte im Schulalltag,
- verbessert die Lernbedingungen für alle,
- hilft, spätere Folgekosten zu vermeiden.

”

Teilhabe darf nicht vom Kassenstand abhängen. Schulbegleitung und Eingliederungshilfe sind für viele Kinder und Jugendliche die Voraussetzung dafür, dass Schule überhaupt gelingen kann. Wer an dieser Stelle spart, riskiert Nachteile für die Betroffenen, ihre Familien und letztlich für das gesamte Schulsystem.

“

Gerhard Brand, Landesvorsitzender
des VBE Baden-Württemberg

Stellungnahme zur Bedeutung von Eingliederungshilfe und Schulbegleitung

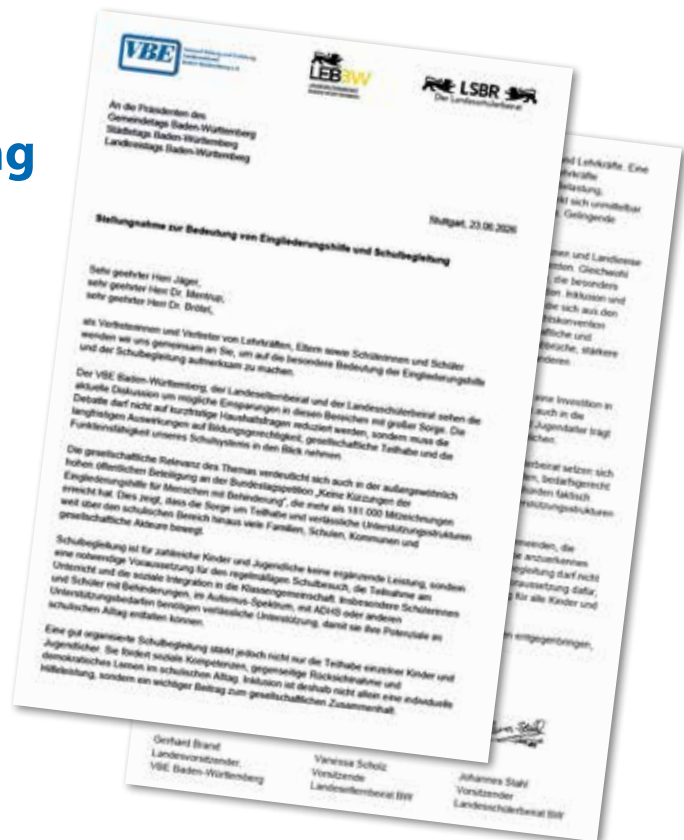
*Sehr geehrter Herr Jäger,
sehr geehrter Herr Dr. Mentrup,
sehr geehrter Herr Dr. Brötzel,*

als Vertreterinnen und Vertreter von Lehrkräften, Eltern sowie Schülerinnen und Schüler wenden wir uns gemeinsam an Sie, um auf die besondere Bedeutung der Eingliederungshilfe und der Schulbegleitung aufmerksam zu machen.

Der VBE Baden-Württemberg, der Landeselternbeirat und der Landesschülerbeirat sehen die aktuelle Diskussion um mögliche Einsparungen in diesen Bereichen mit großer Sorge. Die Debatte darf nicht auf kurzfristige Haushaltsfragen reduziert werden, sondern muss die langfristigen Auswirkungen auf Bildungsgerechtigkeit, gesellschaftliche Teilhabe und die Funktionsfähigkeit unseres Schulsystems in den Blick nehmen. Die gesellschaftliche Relevanz des Themas verdeutlicht sich auch in der außergewöhnlich hohen öffentlichen Beteiligung an der Bundestagspetition „Keine Kürzungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung“, die mehr als 181.000 Mitzeichnungen erreicht hat. Dies zeigt, dass die Sorge um Teilhabe und verlässliche Unterstützungsstrukturen weit über den schulischen Bereich hinaus viele Familien, Schulen, Kommunen und gesellschaftliche Akteure bewegt.

Schulbegleitung ist für zahlreiche Kinder und Jugendliche keine ergänzende Leistung, sondern eine notwendige Voraussetzung für den regelmäßigen Schulbesuch, die Teilnahme am Unterricht und die soziale Integration in die Klassengemeinschaft. Insbesondere Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen, im Autismus-Spektrum, mit ADHS oder anderen Unterstützungsbedarfen benötigen verlässliche Unterstützung, damit sie ihre Potenziale im schulischen Alltag entfalten können. Eine gut organisierte Schulbegleitung stärkt jedoch nicht nur die Teilhabe einzelner Kinder und Jugendlicher. Sie fördert soziale Kompetenzen, gegenseitige Rücksichtnahme und demokratisches Lernen im schulischen Alltag. Inklusion ist deshalb nicht allein eine individuelle Hilfeleistung, sondern ein wichtiger Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Gleichzeitig entlastet eine qualitativ hochwertige Schulbegleitung Schulen und Lehrkräfte. Eine fehlende individuelle Begleitung kann im Unterricht nicht dauerhaft durch Lehrkräfte aufgefangen werden. Fehlen geeignete Unterstützungsstrukturen, steigen Belastung, Konfliktpotenzial und Überforderung im gesamten Klassenverband. Dies wirkt sich unmittelbar auf die Unterrichts- und Bildungsqualität aller Schülerinnen und Schüler aus. Gelingende Inklusion braucht daher verlässliche personelle Rahmenbedingungen. Vor dem Hintergrund der angespannten finanziellen Situation vieler Kommunen und Landkreise ist nachvollziehbar, dass die Ausgaben verstärkt in den Blick genommen werden. Gleichwohl sehen wir mit Sorge, wenn notwendige Unterstützungsleistungen für Kinder, die besonders förderbedürftig sind, vor allem unter Kostengesichtspunkten



betrachtet werden. Inklusion und Teilhabe sind keine freiwilligen Leistungen, sondern grundlegende Rechte, die sich aus den gesetzlichen Teilhabeansprüchen sowie den Zielen der UN-Behindertenrechtskonvention ergeben. Kurzfristige Einsparungen können langfristig erhebliche gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgekosten verursachen – etwa durch vermehrte Bildungsabbrüche, stärkere Belastungen von Familien und Schulen, höhere Unterstützungsbedarfe in anderen Hilfesystemen oder erschwerte Übergänge in Ausbildung und Beruf. Auch aus kommunaler Perspektive ist eine verlässliche Eingliederungshilfe eine Investition in Bildungserfolg, soziale Teilhabe und gesellschaftliche Stabilität – und damit auch in die Zukunftsfähigkeit der Kommunen. Präventive Unterstützung im Kindes- und Jugendalter trägt dazu bei, spätere Kosten zu vermeiden und nachhaltige Teilhabe zu ermöglichen. Der VBE Baden-Württemberg, der Landeselternbeirat und der Landesschülerbeirat setzen sich deshalb dafür ein, dass individuelle Schulbegleitungen vollumfänglich erhalten, bedarfsgerecht bewilligt und nicht durch Pauschalierungen, Sparvorgaben oder Verfahrenshürden faktisch eingeschränkt werden. Funktionierende Inklusion ist ohne verlässliche Unterstützungsstrukturen nicht möglich.

Wir appellieren an die Verantwortlichen in Kommunen, Landkreisen und Gemeinden, die Bedeutung der Eingliederungshilfe für Bildung und gesellschaftliche Teilhabe anzuerkennen und die notwendigen Unterstützungsangebote dauerhaft zu sichern. Schulbegleitung darf nicht zu einem Randthema der Haushaltsdebatte werden. Sie ist eine zentrale Voraussetzung dafür, dass Bildung, Teilhabe und demokratisches Zusammenleben im Schulalltag für alle Kinder und Jugendlichen gelingen können. Wir danken Ihnen für die Aufmerksamkeit, die Sie diesem wichtigen Anliegen entgegenbringen, und für Ihren Einsatz für gute Bildungs- und Teilhabechancen.

*Mit herzlichen Grüßen,
Gerhard Brand, Landesvorsitzender VBE Baden-Württemberg
Vanessa Scholz, Vorsitzende Landeselternbeirat BW
Johannes Stahl, Vorsitzender Landesschülerbeirat BW*



Die Realschule in Baden-Württemberg steht an einem entscheidenden Wendepunkt. Seit mehr als fünf Jahrzehnten ist sie eine tragende Säule unseres Bildungssystems. Sie verbindet in einzigartiger Weise Allgemeinbildung und Praxisorientierung, eröffnet jungen Menschen vielfältige Bildungswege und hat sich für unzählige Schülerinnen und Schüler als das passende Angebot zwischen Theorie und beruflicher Orientierung bewährt. Doch die Rahmenbedingungen haben sich in den vergangenen Jahren grundlegend verändert. Wer die Realschule auch in Zukunft erfolgreich aufstellen will, muss bereit sein, auf neue Herausforderungen mit neuen Konzepten zu reagieren. Genau dafür steht das Konzept „Realschule 2030“.

Die Realschule unter Druck, aber immer noch sehr beliebt

Die Realschulen befinden sich seit Jahren in einem intensiven Wettbewerb um Schülerinnen und Schüler. Die Einführung der Gemeinschaftsschule hat die Bildungslandschaft verändert, die Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium hat diesen Konkurrenzdruck nochmals deutlich verstärkt. Hinzu kommt, dass sowohl Gemeinschaftsschulen als auch Gymnasien inzwischen über Profilangebote verfügen, mit denen sie sich klar positionieren und gezielt leistungsstarke Schülerinnen und Schüler ansprechen.

Die Realschule hingegen wurde in den vergangenen Jahren geradezu stiefmütterlich behandelt. Durch den Status Quo wurde die zweitbeliebteste Schulart neben dem Gymnasium eher in ihren Entwicklungsmöglichkeiten behindert. Dabei hat gerade die Real-

schule in den vergangenen Jahren immer wieder bewiesen, wie anpassungsfähig und leistungsfähig sie ist. Sie hat zusätzliche Aufgaben übernommen, neue Herausforderungen gemeistert und Verantwortung für das gesamte Bildungssystem übernommen.

Denn gleichzeitig mit den strukturellen Veränderungen im Schulsystem wurden vielerorts Haupt- und Werkrealschulen geschlossen. Dadurch ist die Realschule zunehmend in die Verantwortung geraten, auch den Hauptschulabschluss in der Fläche zu sichern. Sie erfüllt damit einen wichtigen gesellschaftlichen Auftrag. Allerdings darf diese zusätzliche Aufgabe nicht zulasten ihres eigentlichen Profils und ihrer Kernaufgabe gehen: dem erfolgreichen Weg zum Realschulabschluss.

Den Markenkern der Realschule stärken

Der Realschulabschluss bleibt das zentrale Bildungsziel der Schulart. Er steht für Leistungsbereitschaft, solide Allgemeinbildung und hervorragende Anschlussmöglichkeiten – sei es in der dualen Ausbildung, an beruflichen Gymnasien oder in weiterführenden Bildungsgängen.

Die Sicherung des Hauptschulabschlusses muss daher als zusätzliches Angebot verstanden werden. Die Realschule braucht dafür Strukturen, die beiden Bildungswegen gerecht werden, ohne sie gegeneinander auszuspielen. Genau hier setzt das Konzept der separaten G-Züge an. Wenn vor Ort gewünscht kann und soll es aber auch möglich sein weiterhin integrativ das G-Niveau abzubilden. Das Ziel ist klar: Schülerinnen und Schüler mit unterschiedlichen

Lernvoraussetzungen sollen die Förderung erhalten, die sie benötigen. Gleichzeitig müssen die Anforderungen und Qualitätsstandards des Realschulabschlusses erhalten bleiben. Ein weiterer Markenkern und auch „Exportschlager“ in andere Schularten, ist der Wahlpflichtbereich. Er ist bewährt und soll in seiner bisherigen Form deshalb auch erhalten bleiben.

Separate G-Züge schaffen Klarheit und Perspektiven

Die Diskussion um die richtige Förderung unterschiedlicher Leistungsniveaus wird seit Jahren geführt. Die Erfahrungen an den Schulen zeigen deutlich: Eine erfolgreiche Förderung benötigt verlässliche Strukturen. Deshalb spricht sich das Konzept „Realschule 2030“ für die Einrichtung grundständiger G-Züge ab Klasse 5 aus. Diese sollen eigenständig ausgestattet und personell abgesichert werden. Vor allem dürfen sie nicht zulasten der M-Züge finanziert werden. Gerade Schülerinnen und Schüler mit erhöhtem Unterstützungsbedarf benötigen kleinere Lerngruppen, mehr individuelle Zuwendung und stabile pädagogische Rahmenbedingungen. Gute Förderung braucht Zeit – und Zeit entsteht nur durch ausreichende Ressourcen.

Gleichzeitig muss die Durchlässigkeit des Systems erhalten bleiben. Wer gute Leistungen zeigt, muss die reale Chance haben, vom G- ins M-Niveau zu wechseln. Die Realschule war immer eine Schulart der Chancen und Aufstiegsmöglichkeiten. Dieses Prinzip darf nicht aufgegeben werden.

Kooperationen stärken statt Strukturen verengen

Nicht jede Schule wird einen eigenen G-Zug einrichten können. Deshalb braucht es unterschiedliche Organisationsformen. Schulverbünde zwischen Realschulen und Werkrealschulen oder Kooperationen zwischen benachbarten Schulen, egal ob andere Realschulen oder Werkrealschulen, können hier wichtige Lösungen bieten. Gerade im ländlichen Raum sind flexible und bedarfsgerechte Modelle notwendig, um Bildungsangebote in der Fläche zu erhalten. Wo mehrere Schulträger zusammenarbeiten müssen, entstehen jedoch häufig organisatorische Hürden. Deshalb braucht es klare rechtliche und organisatorische Rahmenbedingungen, die Kooperationen erleichtern und fördern. Denn eines ist offensichtlich: Die Sicherung wohnortnaher Bildungsangebote wird in den kommenden Jahren eine der zentralen bildungspolitischen Herausforderungen bleiben.

Profil zeigen und Attraktivität steigern - Die Realschule als Talentschmiede

Seit jeher zeichnet sich die Realschule durch die enge Verzahnung von Theorie und Praxis aus. Sie vermittelt nicht nur Wissen, sondern bereitet junge Menschen auch auf die Anforderungen

der Berufs- und Arbeitswelt vor. Diese Stärke muss künftig noch stärker betont werden. Die Realschule darf sich deshalb nicht darauf beschränken, bestehende Strukturen zu verwalten. Sie muss ihr eigenes Profil schärfen und ihre besonderen Stärken sichtbar machen. Neben den bisherigen Wahlpflichtfächern, sollen neu sogenannte Profulfächer eingeführt werden. Sie schaffen nicht nur attraktive Angebote für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler. Sie ermöglichen auch eine stärkere individuelle Förderung und helfen jungen Menschen dabei, eigene Interessen und Talente zu entdecken. Deshalb braucht die Realschule eigene Profulfächer. Sie sollen Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit geben, individuelle Interessen und Begabungen zu vertiefen und gleichzeitig besondere Kompetenzen zu entwickeln.

Denkbar sind Profulfächer in den Bereichen:

- MINT,
- Musik,
- Sport,
- Kunst,
- Sprache,
- Wirtschaft und Gesellschaft.



Diese Profulfächer sollen ab Klasse 8 angeboten werden und denselben Stellenwert wie die bisherigen Wahlpflichtfächer erhalten. Sie benötigen einen verbindlichen Stundenumfang und müssen als Kernfächer anerkannt werden.

Entscheidend ist dabei: Die Einführung von Profulfächern darf nicht durch Umverteilung bestehender Ressourcen finanziert werden. Zusätzliche Aufgaben benötigen zusätzliche Mittel. Wer Schulen neue Möglichkeiten eröffnen will, muss ihnen auch die notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen zur Verfügung stellen. Welche Profulfächer an der Schule angeboten werden, entscheidet die Schule vor Ort selbst. Um unterschiedlichen Begabungsbereichen Rechnung zu tragen, sollen mindestens zwei unterschiedliche Profulfächer von der Schule ausgewählt werden. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels ist dies von enormer Bedeutung. Schulen müssen junge Menschen dabei unterstützen, ihre Potenziale zu erkennen und zu entwickeln. Die Realschule kann dabei eine Schlüsselrolle übernehmen.

Moderne Prüfungsformate für moderne Bildung

Bildung verändert sich – und mit ihr müssen sich auch Prüfungen weiterentwickeln. Das Konzept „Realschule 2030“ sieht deshalb neue Prüfungsformate vor. Neben den schriftlichen Prüfungen sollen mündliche und praktische Leistungsnachweise stärker in den Mittelpunkt rücken. Das Profulfach soll beispielsweise mit einer mündlichen oder fachpraktischen Prüfung abgeschlossen werden. Damit wird anerkannt, dass Bildung weit mehr ist als das Reproduzieren von Wissen in schriftlichen Prüfungen. Präsentationsfähig-

keit, Problemlösungskompetenz, Teamfähigkeit und praktisches Können gehören zu den entscheidenden Kompetenzen des 21. Jahrhunderts. Eine moderne Schule muss auch moderne Wege der Leistungsfeststellung gehen.

Ganztag als Chance begreifen

Auch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verändern sich. Familien benötigen zunehmend verlässliche Betreuungsangebote, und Schulen werden immer stärker zu Lebens- und Lernorten. Deshalb muss auch die Realschule die Möglichkeit erhalten, sich bedarfsgerecht zur Ganztagschule weiterzuentwickeln – sowohl in offener als auch in gebundener Form.

Entscheidend ist dabei, dass die Initiative von der Schulgemeinschaft ausgeht. Wo Schulen, Eltern und Kommunen einen Ganztagsbetrieb wünschen, müssen die notwendigen Ressourcen bereitgestellt werden. Dabei muss den schulischen Gremien die Entscheidungshoheit zurückgegeben werden. Ganztags darf jedoch kein Sparmodell sein. Er gelingt nur dann, wenn ausreichend Personal, geeignete Räume und eine tragfähige Ausstattung vorhanden sind.

Realschule 2030: eine Investition in die Zukunft

Die Herausforderungen sind groß, aber die Chancen sind es ebenso. Die Realschule hat in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder bewiesen, dass sie sich verändern und weiterentwickeln

kann. Sie ist leistungsfähig, innovativ und unverzichtbar für die Bildungslandschaft in Baden-Württemberg. Damit das so bleibt, braucht sie jetzt die richtigen politischen Entscheidungen.

Die Realschule 2030 steht für klare Bildungswege, für individuelle Förderung, für starke Profile und für eine Bildungspolitik, die den Schulen die notwendigen Freiräume und Ressourcen gibt. Wer die Realschule stärkt, stärkt nicht nur eine Schulart. Er stärkt die Chancen junger Menschen, sich entsprechend ihrer Fähigkeiten zu entwickeln, und investiert zugleich in die Zukunft unseres Landes.

Die Realschule ist bereit für die Zukunft. Jetzt ist es an der Politik, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Das Konzept „Realschule 2030“ wurde von Dirk Lederle gemeinsam in breiter Zusammenarbeit mit den VBE Schulreferaten sowie Praktikerinnen und Praktikern aus der Realschule entwickelt.



Dirk Lederle,
Stellvertretender VBE
Landesvorsitzender



Andreas Kober,
Leitung Referat
Realschule
im VBE Landesbezirk
Nordwürttemberg

Realschule 2030 – Stark. Modern. Zukunftsorientiert.

Auf Herausforderungen von heute mit Konzepten von heute reagieren.



Der VBE im Gespräch mit ...

... Jürgen Striby und Dr. Sandra Kirsamer

Zu einem intensiven und konstruktiven Austausch trafen sich der stellvertretende VBE-Landesvorsitzende Dirk Lederle und der Landesreferatsleiter Andreas Kober mit Jürgen Striby, Referatsleiter des Referats 33 (Werkrealschulen, Gemeinschaftsschulen und Realschulen) im Kultusministerium Baden-Württemberg, sowie der Referentin Dr. Sandra Kirsamer.

Im Mittelpunkt des Gesprächs standen aktuelle Herausforderungen und Entwicklungsperspektiven der Realschulen in Baden-Württemberg. Dabei wurde deutlich, dass die Realschulen weiterhin eine tragende Säule des differenzierten Bildungssystems darstellen und gezielte Maßnahmen notwendig sind, um ihre erfolgreiche Arbeit nachhaltig zu stärken.

Ein wichtiger Gesprächspunkt war der Umgang mit dem G-Niveau an den Realschulen. Die Vertreter des VBE machten deutlich, dass die Umsetzung der unterschiedlichen Niveaustufen für die Schulen mit erheblichen organisatorischen und pädagogischen Herausforderungen verbunden ist. Gemeinsam wurden Möglichkeiten erörtert, wie die Schulen bei dieser Aufgabe besser unterstützt werden können. In diesem Zusammenhang wurde auch die Einrichtung von eigenfinanzierten G-Zügen thematisiert. Aus Sicht des VBE könnte dies dazu beitragen, die Arbeit der Realschulen zu erleichtern und den unterschiedlichen Lernvoraussetzungen der Schülerinnen und Schüler noch besser gerecht zu werden.

Darüber hinaus wurde die Weiterentwicklung der Prüfungsformate an den Realschulen diskutiert. Ein gemeinsames Anliegen ist es, Prüfungen zeitgemäß auszugestalten und dabei sowohl die Leistungsanforderungen als auch die Praxistauglichkeit für die Schulen im Blick zu behalten. Die Gesprächspartner tauschten sich über mögliche Anpassungen aus, die den aktuellen Anforderungen an



Von links: Andreas Kober, Leiter VBE Landesreferat Realschulen; Dirk Lederle, stellv. VBE Landesvorsitzender; Jürgen Striby, Leiter Referat 33 am Kultusministerium; Dr. Sandra Kirsamer, Referentin.

Unterricht und Leistungsbewertung Rechnung tragen. Besonders intensiv wurde die Frage der verbindlichen mündlichen Prüfung in den Fächern Deutsch oder Mathematik erörtert. Der VBE sprach sich für eine Streichung dieser verpflichtenden Prüfungsleistung aus und verwies auf den hohen organisatorischen Aufwand sowie die Belastungen für Schulen, Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler. Die Vertreter des Kultusministeriums nahmen die Argumente aufmerksam auf und signalisierten ihre Bereitschaft, die vorgetragenen Aspekte in die weiteren Überlegungen einzubeziehen.

Das Gespräch war von einer offenen und wertschätzenden Atmosphäre geprägt. Beide Seiten waren sich einig, dass die Realschulen auch künftig verlässliche Rahmenbedingungen benötigen, um ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag erfolgreich erfüllen zu können. Der VBE Baden-Württemberg wird den Dialog mit dem Kultusministerium weiterhin aktiv begleiten und sich mit Nachdruck für die Interessen der Realschulen sowie der dort tätigen Lehrkräfte einsetzen.

Fachgespräch

Zu einem weiteren Gespräch zwischen dem stellvertretenden VBE Landesvorsitzenden Dirk Lederle und Jürgen Striby, dem Leiter des Referats Hauptschule, Werkrealschule, Realschule und Gemeinschaftsschule am Kultusministerium, kam es am Rande des Netzwerktags Realschule.



Stellvertretender VBE Landesvorsitzender Dirk Lederle und Leiter des Referats 33, Jürgen Striby.

... dem Referat SBBZ und Inklusion am Kultusministerium

Das VBE-Referat SBBZ und Inklusion traf sich am 24. Juni zu einem Austauschgespräch mit dem Referat 34 (SBBZ und Inklusion) am Kultusministerium. Für den VBE nahmen Walter Beyer, Anja Bartenschlager und Matthias Klug teil. Das Kultusministerium wurde durch Referatsleiter Steffen Hecke und Sandro Scheurenbrand vertreten.

Neuer Referatsleiter Steffen Hecke im Referat 34

Steffen Hecke, seit rund fünf Monaten im Amt, bringt als ehemaliger Sonderschullehrer, Konrektor und Schulleiter an einem SBBZ praktische Erfahrung mit. Zuvor war er zudem Referatsleiter des Referats 34 am Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL). Er erläuterte das Grundverständnis seines Referates anhand dreier zentraler Leitplanken: Qualität des Unterrichts, Entlastung für Lehrkräfte und Verlässlichkeit für Eltern. Hecke berichtete, dass sich sein Referat aktuell einer Reihe wichtiger Handlungsfelder widme, darunter GENT, Inklusion, Schulträger, Frühförderung, Sicherung der Unterrichtsversorgung sowie die Erarbeitung von Fachpapieren und SILK. Zudem stehen der Ganztags und die Gestaltung von Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen im Fokus.

Ein Schwerpunkt des Gesprächs waren die Ziel- und Leistungsvereinbarungen (ZLV) in der Sonderpädagogik und Inklusion. Die Ministeriumsvertreter erläuterten, dass sich diese an zwei Zielgruppen richteten: Zum einen an SBBZ mit Bildungsgängen der allgemeinen Schulen, die etwa an VERA 3 oder VERA 8 teilnehmen und künftig Zielvorgaben der Regelschulen in Statusgespräche und ZLV aufnehmen sollen. Zum anderen gelten für alle SBBZ sonderpädagogische Zielvorgaben, die auf Basis von Datenblättern Hinweise auf die pädagogische Arbeit, deren Wirkungen und Entwicklungen liefern. Im Mittelpunkt stehen dabei die Qualität der Beratung und Unterstützung, die Gestaltung und Sicherung von Übergängen sowie Formen des gemeinsamen Lernens und die Einrichtung sowie Nutzung interner Strukturen zur systematischen Qualitätsentwicklung.

Vorgestellt wurde außerdem die Webseite „Qualitätsmerkmale Unterricht Sonderpädagogik“ (www.qus-bw.de), die Lehrkräfte an SBBZ und in inklusiven Bildungsangeboten bei der theoriegeleiteten Analyse und Reflexion ihres Unterrichts unterstützen soll. Im Mittelpunkt stehen gemeinsame Qualitätsmerkmale sonderpädagogischen Unterrichts in den Bereichen Beziehungsgestaltung, Tiefen- und Sichtstrukturen, Fachwissenschaft und Fachdidaktik sowie förderschwerpunktspezifische Qualitäten. Das Instrument eigne sich nach Einschätzung von Herrn Scheurenbrand auch für den Einsatz im Studium und bei kollegialen Hospitationen. Ausgangspunkt der Entwicklung war die Frage, wodurch sich sonderpädagogischer Unterricht – etwa im Förderschwerpunkt Lernen – auszeichnet und welche spezifischen Merkmale ihn kennzeichnen.



Von links: Sandro Scheurenbrand, Steffen Hecke, Walter Beyer, Matthias Klug, Anja Bartenschlager.

Aktuelle Lage des Studienstandorts Freiburg

Ein weiteres Thema war der Studienstandort Freiburg, an dem seit dem Wintersemester 2023/24 der Studiengang „Lehramt Sonderpädagogik“ angeboten wird. Nach Angaben des Kultusministeriums entwickelt sich der Studiengang positiv und ist inzwischen das größte Einzelinstitut der Pädagogischen Hochschule Freiburg. Mit Abschluss des ersten Jahrgangs werden bis zu 700 Anwärtinnen und Anwärter erwartet, so Herr Hecke. Auf die Frage nach der Ausweitung des Studiengangs, verwies er darauf, dass derzeit die Zahl der Studienplätze dem Bewerberaufkommen entspreche. Diskutiert wurde zudem die Lehrkräfteversorgung in ländlichen Regionen. Jede Schule, die ausbilden wolle, solle auch die Möglichkeit dazu bekommen und nicht aufgrund der zu geringen Seminarkapazitäten außen vor bleiben, so der VBE. Dem stimmte das KM zu.

Einsatz von Personen ohne Lehramtsbefähigung (PoL)

Auch der Einsatz von Personen ohne Lehramtsausbildung (PoL) war Thema des Austauschs. Deren Beitrag werde angesichts der angespannten Personalsituation ausdrücklich gewürdigt. Gleichzeitig habe deren Einsatz aber Grenzen und eine ausreichende Zahl sonderpädagogisch ausgebildeter Lehrkräfte sei unabdingbar. Vor allem zu Beginn müssten diese die neuen PoL stark unterstützen. PoL müssten grundsätzlich besser qualifiziert werden, zudem müsste die HOLA-Qualifizierung ausgeweitet werden.

Inklusion

Ein weiteres Gesprächsthema war die Inklusion. Unter Bezugnahme auf die VBE-Studie zur Inklusion wurde betont, dass vonseiten der Lehrkräfte grundsätzlich Bereitschaft zur Inklusion bestehe, viele diese jedoch unter den aktuellen Rahmenbedingungen kritisch sähen oder ablehnten. Hervorgehoben wurde an dieser Stelle, dass Inklusion und sonderpädagogische Bildungsangebote nicht gegeneinander ausgespielt werden dürften und verlässliche Strukturen, ausreichende Ressourcen sowie stabile personelle Besetzungen notwendig seien, damit Inklusion gelinge und mehr Kontinuität an den Schulen gewährleistet werde.





Beyer hilft weiter!

Sehr geehrter Herr Beyer,

als Schulleiterin einer größeren Grundschule wende ich mich heute an Sie, um ein dringendes Anliegen im Zusammenhang mit der großen Pause unserer Schülerinnen und Schüler vorzubringen. In den letzten Monaten und Jahren haben wir eine spürbare Zunahme an Problemen und Konflikten während der Pausen festgestellt. Vor allem in den großen Pausen kommt es zunehmend zu sozialen und emotionalen Problemen, die sowohl das Wohl unserer Schülerinnen und Schüler als auch das Schulklima beeinträchtigen. Die Konflikte entstehen oft durch ungleiche Spieltätigkeiten und aggressive Verhaltensweisen einzelner Kinder.

Beispiele hierfür sind:

- Aggressive Auseinandersetzungen: Vor allem in den letzten Wochen gab es mehrere Vorfälle, bei denen Schülerinnen und Schüler aufgrund von Meinungsverschiedenheiten körperlich oder verbal massiv aneinandergeraten sind.

- Einige Kinder berichten gar von dauerhaften Konflikten mit Mitschülerinnen und Mitschüler, was dazu führt, dass sie sich während der Pause nicht wohlfühlen und sich abseits der Gruppe aufhalten.

Die soziale und emotionale Belastung unserer Schülerinnen und Schüler wächst, und die Aufsicht während der Pausen ist zunehmend schwerer zu regeln. Wir möchten alle Kinder in ihrer individuellen Entwicklung unterstützen und ein sicheres und harmonisches Schulumfeld fördern.

Ich bitte deshalb um Ihre Unterstützung und hilfreiche Hinweise, um gemeinsam Lösungen zu finden, die uns helfen, diese Herausforderungen anzugehen. Gibt es Ideen oder Konzepte, die Sie uns zur Verfügung stellen können, um die Situation zu verbessern?

Ich freue mich auf Ihre Antwort und verbleibe mit besten Grüßen. A.K.

Sehr geehrte Frau K.,

vielen Dank für Ihr Schreiben und die offene Schilderung der Herausforderungen, die Sie und Ihr Kollegium an Ihrer Grundschule im Zusammenhang mit den großen Pausen erleben.

Ich möchte Ihnen zwei Ansätze vorschlagen, die Ihnen unter Umständen eine Hilfe sein könnten:

1. Erhöhung der Anzahl der Pausenaufsichten

Eine Erhöhung der Aufsichtspersonen während der großen Pausen kann dazu beitragen, Konfliktsituationen schneller zu identifizieren und einzugreifen. Mit mehr erwachsenen Ansprechpartnern vor Ort wird außerdem das Sicherheitsgefühl der Kinder erhöht, und sie können direkt angesprochen werden, wenn sie Unterstützung benötigen. Diese Maßnahme kann auch nur zeit- oder probe-

weise eingeführt werden, um die aktuelle Situation zu beruhigen. Unsere Schülerinnen und Schüler sollten ja zu Selbstständigkeit und letztlich zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern erzogen werden. Dies schafft man nicht, wenn man sie ständig unter Beobachtung stehen und Erwachsene vorschnell eingreifen.

2. Programm „Pausenengel“

Außerdem würde ich Ihnen das Programm „Pausenengel“ ans Herz legen. Dieses Konzept zielt darauf ab, Schüler aktiv in die Gestaltung eines positiven Schulklimas einzubinden. Im Rahmen des Programms werden Schülerinnen und Schüler auf freiwilliger Basis als „Pausenengel“ ausgebildet, um Verantwortung zu übernehmen und unter anderem Konflikte untereinander zu schlichten. Das Programm fördert nicht nur den sozialen Zusam-

menhalt, sondern stärkt auch das Selbstbewusstsein der Teilnehmer. Kinder lernen Kommunikationsstrategien und die Prinzipien der gewaltfreien Konfliktlösung, vergleichbar mit der „Giraffensprache“ und „Wolfssprache“ nach Marshall Rosenberg. Dies geschieht durch Workshops, die von geschulten Fachkräften durchgeführt werden.

Vorteile des Programms sind zum Beispiel eine Verbesserung des Schulklimas, es werden ein positiver Umgangston und ein respektvolles Miteinander gefördert. Durch gezielte Schulungen werden Schülerinnen und Schüler nicht nur zu „Pausenengeln“, sondern auch zu Vorbildern für ihre Mitschüler. Kinder lernen, dass sie gemeinsam Verantwortung tragen und positive Veränderungen in ihrer Umgebung herbeiführen können.

Schülerinnen und Schüler werden dazu ermutigt, selbst mutig zu handeln und sich aktiv für ihre Mitschüler einzusetzen. Oft zögern

Schülerinnen und Schüler, sich einzubringen oder anderen bei Streitigkeiten oder in Konfliktsituationen zu helfen. Das Konzept der Pausenengel hat zum Ziel, diese Zurückhaltung zu überwinden und eine Kultur der Solidarität sowie gegenseitigen Unterstützung zu etablieren. Die Grundidee der Pausenengel beruht darauf, dass jeder Schüler und jede Schülerin einen positiven Beitrag zu einem angenehmen Schulklima leisten kann. Durch ihr selbstloses und unauffälliges Engagement für ihre Mitschüler tragen Pausenengel dazu bei, ein vertrauensvolles und unterstützendes Umfeld zu schaffen, das Mobbing und Ausgrenzung entgegenwirkt.

Ich hoffe, meine Vorschläge sind hilfreich für Ihre Überlegungen zur Verbesserung der Pausensituation. Gerne stehe ich Ihnen für weitere Rückfragen oder Unterstützung zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,
Walter Beyer, Stellvertretender VBE Landesvorsitzender

DBV Spezialist für den
Öffentlichen Dienst

Für Lehrer:innen

Wir sind schneller als die Versorgungsauskunft.

Mit dem **DBV Vorsorge-Check** erhalten Sie direkt Klarheit über Ihre Pensionsansprüche. Planen Sie auf dieser Basis Ihre Altersvorsorge, um Versorgungslücken zu schließen. Wir unterstützen Sie gerne mit maßgeschneiderten Lösungen, die zu Ihnen passen.

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie – persönlich in einer Agentur in Ihrer Nähe oder unter bv. dbv.de



[dbv.versicherung](https://www.instagram.com/dbv.versicherung)

SONDERKONDITIONEN
für Mitglieder der
dbb Einzelgewerkschaften

Eine Marke der AXA Gruppe



Die transformative Kraft der Wahrnehmung

Warum professionelles Sehen Unterricht verändert

Wenn sich der Blick verändert, verändert sich Unterricht

Unterricht ist voller Lernen – und zugleich voller Unsichtbarkeit. Schülerinnen und Schüler vergleichen, zögern, verwerfen Ideen, beginnen neu. Sie prüfen, zweifeln und treffen Entscheidungen. Diese Prozesse sind leise, oft nur von kurzer Dauer – und gerade deshalb geraten sie im Alltag leicht aus dem Blick. Was sichtbar bleibt, sind vor allem Ergebnisse: richtige oder falsche Lösungen, ruhiges oder störendes Verhalten, funktionierende oder misslingende Abläufe. Doch das eigentliche Lernen vollzieht sich häufig dazwischen – in Momenten, die weder geplant noch sofort eindeutig sind. Die Art, wie wir Unterricht wahrnehmen, entscheidet daher nicht nur darüber, was wir sehen, sondern auch darüber, was wir überhaupt verändern können.

Die verkürzte Logik der Reflexion

Reflexion gehört zum professionellen Selbstverständnis von Lehrkräften. Gleichzeitig zeigt sich im schulischen Alltag eine typische Verkürzung: Wir bewerten, bevor wir wahrgenommen haben. Ausagen wie „Die Aufgabe war zu schwer“ oder „Die Schüler/-innen waren unkonzentriert“ entstehen schnell und wirken klärend. Tatsächlich enthalten sie jedoch bereits Deutungen. Sie reduzieren komplexe Situationen auf scheinbar eindeutige Erklärungen. Was dabei verloren geht, ist der Blick auf das konkrete Geschehen: Was hat eine Schülerin oder ein Schüler in diesem Moment tatsächlich getan? Welche Denkbewegung war sichtbar? Wo setzte das Lernen an – und wo geriet es ins Stocken? Wenn Beobachtung und Interpretation ineinanderfallen, verliert Reflexion ihre Tiefe. Entwicklung setzt dann nicht am Lernen selbst an, sondern an seinen Bewertungen.

Wahrnehmung als professionelle Kompetenz

Ein lernorientierter Blick verschiebt diesen Ausgangspunkt grundlegend. Er beginnt nicht mit der Frage nach Qualität, sondern mit der Frage nach dem Geschehen. Nicht: War das gut oder schlecht? Sondern: Was zeigt sich hier gerade? Diese Form der Wahrnehmung ist anspruchsvoll. Sie widerspricht Routinen, die auf schnelle

Einordnung und unmittelbares Handeln ausgerichtet sind. Professionelle Wahrnehmung bedeutet deshalb, das Sichtbare präzise zu erfassen, Deutungen zunächst zurückzustellen, Unsicherheit auszuhalten und unterschiedliche Perspektiven zu eröffnen. Damit ist sie keine Vorstufe von Professionalität, sondern ihr Kern.

Warum Lernen oft unsichtbar bleibt

Dass Lernen im Unterricht häufig übersehen wird, ist keine Frage individueller Aufmerksamkeit, sondern eine strukturelle Herausforderung. Unterricht ist geprägt von Gleichzeitigkeit: Organisation, Interaktion, Zeitsteuerung und Beziehungsgestaltung greifen ineinander. In diesem Gefüge richtet sich der Blick zwangsläufig auf das, was unmittelbar handlungsrelevant ist. Lernen folgt jedoch einer anderen Logik. Es ist nicht linear, nicht vollständig planbar und nicht immer sichtbar. Es zeigt sich in Übergängen – im Zögern, im Vergleichen, im Irrtum oder im Neubeginn. Gerade diese Momente sind lernwirksam und zugleich flüchtig. Ein professioneller Umgang mit Lernen beginnt deshalb dort, wo wir lernen, das Flüchtige ernst zu nehmen.

Sprache als Schlüssel zur Wahrnehmung

Wie wir über Unterricht sprechen, bestimmt, was wir sehen können. Eine bewertende Sprache verkürzt, eine beschreibende Sprache öffnet. Wenn ein Schüler als „unkonzentriert“ beschrieben wird, ist der Deutungsraum bereits geschlossen. Wird hingegen beschrieben, dass er eine Zahl schreibt, innehält, radiert und zur Tafel blickt, entsteht ein anderes Bild. Die Situation wird zugänglich für gemeinsames Nachdenken. Beschreibende Sprache schafft damit die Grundlage für professionelle Wahrnehmung. Sie hält Bedeutungen offen, ermöglicht unterschiedliche Perspektiven und macht Lernen überhaupt erst sichtbar.

Diese veränderte Wahrnehmung wirkt sich auch auf den Umgang mit Verhalten aus. Was zunächst als Störung erscheint, kann sich als Hinweis auf einen Lernprozess erweisen. Eine Schülerin, die sich zurücklehnt, dazwischenruft oder abschweift, wird schnell als unaufmerksam eingeordnet. Eine genauere Betrachtung kann jedoch zeigen, dass sie den Lerninhalt bereits durchdrungen hat,



dass ihr kognitive Herausforderung fehlt oder dass sie sich in einer Phase des Leerlaufs befindet. In dieser Perspektive wird Verhalten zum Signal – nicht zur Rechtfertigung, aber zur Information.

Systemische Ansätze wie die „Neue Autorität“, insbesondere bei Haim Omer, beschreiben diese Verschiebung prägnant. Verhalten wird dort nicht primär als Regelverstoß verstanden, sondern als Ausdruck einer zugrunde liegenden Dynamik. In diesem Sinne formuliert Omer zugespitzt: „Das Verhalten ist nicht das Problem, sondern ein Hinweis auf das Problem.“ Diese Sichtweise verändert den professionellen Blick grundlegend. Sie verschiebt den Fokus vom Korrigieren hin zum Verstehen.

Entlastung durch genaues Hinsehen

Professionelle Wahrnehmung wirkt nicht nur fachlich, sondern auch entlastend. Wo nicht sofort bewertet wird, entfällt der Druck, sich rechtfertigen zu müssen. Es entsteht Raum für gemeinsames Denken, und Unsicherheit wird zulässig. Unterricht wird dadurch nicht länger als individuelle Leistung betrachtet, sondern als gemeinsamer Gegenstand professioneller Auseinandersetzung. Wahrnehmung bleibt nicht folgenlos. Sie verändert, wie gehandelt wird – allerdings nicht durch große Maßnahmen, sondern durch kleine, präzise Schritte. Wenn sichtbar wird, dass ein Schüler Zeit für eine Entscheidung braucht, kann es sinnvoll sein, bewusst länger zu warten. Wenn deutlich wird, dass eine Aufgabe keine echte Denkscheidung erfordert, kann sie leicht variiert werden. Solche Schritte entstehen nicht aus Planung, sondern aus Verstehen. Sie sind anschlussfähig, konkret und wirksam, gerade weil sie klein sind.

Wenn Wahrnehmung zur gemeinsamen Praxis wird

Ihre transformative Kraft entfaltet Wahrnehmung vor allem dann, wenn sie geteilt wird. Im Austausch entstehen unterschiedliche Perspektiven, präzisere Beschreibungen und ein gemeinsames Verständnis von Lernen. Wo sich eine gemeinsame Sprache entwickelt, verändert sich die professionelle Kultur. Gespräche werden

ruhiger und genauer, Bewertungen treten in den Hintergrund, und das Lernen rückt in den Mittelpunkt. Unterrichtsentwicklung wird dadurch nicht schneller – aber tragfähiger.

Fazit

Die transformative Kraft der Wahrnehmung liegt nicht darin, mehr zu sehen, sondern anders zu sehen. Und genau darin beginnt professionelle Entwicklung.

Wahrnehmung im Unterricht

Wahrnehmung bezeichnet die Fähigkeit, Lernprozesse im Unterricht präzise zu beobachten, bevor sie interpretiert oder bewertet werden.

Im Fokus stehen: konkrete Lernhandlungen, Denkbewegungen im Prozess, kurze, oft unscheinbare Momente

Zentrale Perspektive: Nicht: Was ist das Problem?
Sondern: Was zeigt sich in diesem Moment des Lernens?



Sandra Ritschmann

Grund- und Hauptschullehrerin, Schulleiterin und Fortbildnerin

Sie ist als Trainerin in der Einführungsqualifizierung für neue Schulleitungen tätig und arbeitet in der Lehrerfortbildung mit dem Schwerpunkt Beratung und Beurteilung. Der LernDialog wurde von ihr aus der schulischen Praxis in Unterricht, Schulleitung und Fortbildung heraus entwickelt und in unterschiedlichen schulischen Kontexten erprobt.

Akute Ausbeutung: Teilzeit-Tabulerasa



Landläufig haben viele Menschen aus dem System in den letzten Jahren damit begonnen, Ganztagschulen von sogenannten "Halbtagschulen" zu unterscheiden. Mindestens mathematisch ist dies fragwürdig, wenn an einer Grundschule "vom alten Schlag" Unterricht von 7:45 bis 13:00 Uhr stattfindet, die Kinder danach unter Umständen einen Hort besuchen – im "echten Ganztag" aber teilweise nachmittags lediglich neunzig Minuten dazu kommen. Von daher wäre die Bezeichnung einer "Zweidrittel- oder Dreiviertel-Vormittagsschule" weitaus treffender.

Es hat dem Klima ja auch noch äußerst selten gut getan, verschiedene Personengruppen auseinanderzuidividieren und gegeneinander aufzuhetzen. Zudem unbedingt gesehen werden sollte, dass es auch an Schulen, deren Unterricht um dreizehn Uhr endet, jede Menge Vollzeitkräfte gibt. Sind sie etwa keine vollwertigen Vollzeit-Lehrkräfte? Wie würde man denn dann die Halbdeputatskräfte nennen, die nicht im Ganztag unterrichten, Vierteltagslehrkräfte etwa?

Mit solchen Bezeichnungen wird man ganz sicher den Teilzeitkräften nicht gerecht, welche nämlich einen ganz wesentlichen Teil der Arbeit im System leisten, das ohne sie schon längst nicht mehr funktionieren würde!

Auch dies kann man mathematisch sehr schön belegen: Außerhalb des sogenannten echten Ganztags finden an den fünf Vormittagen in der Primarstufe maximal dreißig Stunden Unterricht statt, die in einem Stundenplan verortet werden können. Volldeputatskräfte würden 28 davon abdecken und maximal zwei Lücken im Plan haben. Moment, wer steht jetzt denn gleich für Vertretung bereit, wenn die monatelange "Ausfallsaison" wieder begonnen hat?

Kein Problem, wir teilen regelmäßig Klassen auf, unterrichten knapp 60 Kinder bei offenen Türen und entwickeln gleichzeitig noch die Schule weiter, ohne dass die Qualität leidet, denn wir sind ja hochbezahlte Fachkräfte, belastbar bis zum Anschlag und empfangen täglich harmonische homogene Gruppen von braven Kindern ohne individuelle Sonderbedürfnisse.

Interessant in diesem ironischen Kontext ist sicher, dass kaum eine Lehrkraft das Regelpensionsalter erreicht und Teilzeit eher die Regel als die Ausnahme darstellt. Warum nur?

Das System dankt es. Denn ohne Teilzeitkräfte wären viele Schulen mittlerweile weit über die Grenzen des pädagogisch Vertretbaren hinaus, da diese bereit sind, in Krisensituationen immer wieder einzuspringen und Mehrarbeit zu leisten. Werden sie aus Gewohnheit schamlos ausgenutzt? Dieser Eindruck drängt sich zweifelsohne auf.

Deswegen an dieser Stelle einmal ein ganz herzliches Dankeschön an all die Lehrerinnen und Lehrer, die bereit sind, immer wieder den Kindern zuliebe zu helfen und einzuspringen, wenn der nächste fast schon zur Gewohnheit gehörende Brandherd entsteht. Damit einher geht die eindringliche Bitte an die Verantwortlichen in den Ämtern, alles, aber auch wirklich alles Erdenkliche dafür zu tun, die Not an den Bildungseinrichtungen zu lindern. Dies funktioniert nur über eine vernünftige Ressourcenplanung und das Ausschöpfen aller denkbaren Mittel ohne bürokratische Hürden oder den Verweis auf Schwierigkeiten bei der Finanzierung.

Wir geben die Hoffnung nicht auf, dass eines Tages die Teilzeitkräfte wieder mehr „geschont“ werden können, damit sie entsprechend ihrer vertraglichen Vereinbarung arbeiten können und nicht regelmäßig darüber hinaus. Denn sie haben ihr Deputat normalerweise nicht ohne Grund reduziert. Dennoch sind sie wertvolle und vollwertige Kräfte im System Schule, unabhängig davon, ob sie bis 15:30, bis 16 Uhr oder bis 13 Uhr unterrichten.



Peter Jock
Geschäftsführer
des VBE-
Kreisverbands
Karlsruhe



Landespreis Werkrealschule: 43 Schülerinnen und Schüler ausgezeichnet

43 Schülerinnen und Schüler aus ganz Baden-Württemberg wurden am 24. Juni im Neuen Schloss in Stuttgart mit dem Landespreis der Werkrealschule 2026 ausgezeichnet. Die Auszeichnung würdigt junge Menschen, die neben guten schulischen Leistungen auch durch Eigeninitiative, Verantwortungsbewusstsein, gesellschaftliches Engagement oder im Bereich der beruflichen Orientierung herausstechen.

Aus Sicht des VBE wird damit auch der Erfolg der engagierten Arbeit der Lehrkräfte deutlich, die ihre Schülerinnen und Schüler mit großem Einsatz begleiten, fördern und sie auf ihrem Weg maßgeblich unterstützen.

Kultusminister Andreas Jung betonte, dass die ausgezeichneten Schülerinnen und Schüler eindrucksvoll zeigten, was an den Werkrealschulen geleistet werde. So übernahmen sie nicht nur Verantwortung, sondern brachten auch eigene Ideen ein und verbanden schulisches Lernen mit praktischer Erfahrung. Der Landespreis Werkrealschule unterstreicht einmal mehr die Bedeutung der Schularten Haupt- und Werkrealschule und verdeutlicht deren zentrale Rolle im Bildungssystem in Baden-Württemberg.

„Die Vielfalt und Qualität der ausgezeichneten Projekte belegt eindrucksvoll, wie Schülerinnen und Schüler an Haupt- und Werkrealschulen Zukunft gestalten. Sie setzen sich mit gesellschaftlich relevanten Themen auseinander, übernehmen Verantwortung und

entwickeln praxisnahe Lösungen. Das ist auch ein Verdienst der Lehrkräfte, die diese Entwicklung mit großem Engagement, hoher Professionalität und viel persönlichem Einsatz begleiten. Darauf können die jungen Menschen, ihre Lehrkräfte und die Schulen gleichermaßen stolz sein,“ betont VBE- Landesvorsitzender Gerhard Brand.

Die ausgezeichneten Projekte befassen sich unter anderem mit dem Moor- und Klimaschutz, der Entwicklung eines Jugendcafés oder setzen sich mit Medien-, Licht- und Tontechnik auseinander. Überreicht wurden die Urkunden von Kultusminister Andreas Jung und Vertretern der renommierten Preispaten, der Akademie für innovative Bildung und Management Heilbronn-Franken GmbH (aim), der Porsche AG sowie der Stiftung Würth.

Information

Der Landespreis Werkrealschule wird jährlich vom Kultusministerium Baden-Württemberg verliehen. Bewerben können sich Schülerinnen und Schüler an Haupt- und Werkrealschulen der Klassenstufen 8 bis 10. Vorausgesetzt werden gute Leistungen, Engagement und die besondere Beschäftigung mit einer der Leitperspektiven des Bildungsplans.

Bei den Leitperspektiven handelt es sich um Berufliche Orientierung (BO), Bildung für Toleranz und Akzeptanz (BTV) inklusive Leitfaden Demokratiebildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), Verbraucherbildung (VB), Medienbildung (MB) sowie Prävention und Gesundheitsförderung (PG).

Die ausgezeichneten Schulen sind auf den Seiten des Kultusministeriums zu finden.



Erste Hilfe im Schulalltag

Ertrinken – Teil 1: Beinahe Ertrinken

Beim Stichwort Ertrinken denkt man sofort an den Badesee, das Meer oder das Schwimmbad. Bei Kleinkindern reicht jedoch schon eine Regentonne, die Toilette oder eine Pfütze. Entscheidend ist dabei nicht die Wassertiefe, sondern ob Nase und Mund unter Wasser geraten. Betrunkene oder bewusstlose Menschen schaffen es unter Umständen nicht, sich eigenständig aus dieser Position zu befreien. Auch kleine Kinder, die in eine Pfütze stürzen, können sich aufgrund ihres besonderen Körperschwerpunkts möglicherweise nicht selbst aufrichten. Im Folgenden wird nicht die Rettung aus dem Wasser beschrieben, sondern was als ersthelfende Person zu tun ist, wenn die betroffene Person bereits aus dem Wasser geholt wurde.



Woran erkenne ich eine ertrinkende Person?

- Ertrinken geschieht häufig leise (sogenanntes "stilles Ertrinken"), ohne Schreien oder panisches Winken
- Häufig bleiben die Betroffenen auf einer Stelle, Kopf und Mund sinken immer wieder unter Wasser, die Person starrt oft ins Leere oder die Augen sind geschlossen
- Die Person kann nach der Rettung ins Trockene bewusstlos sein, muss es jedoch nicht



Was ist zu tun?

Wichtig für Sie als ersthelfende Person: Die genaue Ursache ist zunächst egal! Gehen Sie symptomorientiert vor:

Prüfen Sie Bewusstsein und Atmung!

Ist die Person bei Bewusstsein:

- Beruhigen Sie die betroffene Person!
- Entfernen Sie nasse Kleidung und wickeln Sie die Person in eine Decke ein (Wärmeerhalt).
- Setzen Sie einen Notruf ab (oder lassen Sie ihn absetzen) – auch diese Person muss im Krankenhaus untersucht werden, da sich Wasser in der Lunge befinden kann (Lebensgefahr).

Ist die Person nicht mehr bei Bewusstsein, atmet aber noch normal:

- Drehen Sie den Kopf der betroffenen Person auf die Seite, sodass eventuelles Wasser oder Erbrochenes aus dem Mund laufen kann. (Verschenden Sie keine Zeit damit, Wasser aus der Lunge zu bekommen zu wollen!)
- Bringen Sie die betroffene Person in die Stabile Seitenlage
- Setzen Sie einen Notruf ab (oder lassen Sie ihn absetzen)
- Kontrollieren Sie regelmäßig die Atmung
- Betreuen Sie die Person bis der Rettungsdienst kommt!

Ist die Person nicht mehr bei Bewusstsein und atmet nicht mehr (normal):

- Setzen Sie einen Notruf ab (oder lassen Sie ihn absetzen)
- Herz-Lungen-Wiederbelebung



Wichtig zu wissen!

Auch Personen, die schon länger unter Wasser waren, können noch ohne bleibende Schäden reanimiert werden (vgl. Arbeiter Samariter Bund 2023, S. 87)

Quellen:

Arbeiter Samariter Bund (2023): Erste Hilfe. Alle wichtigen Schritte und Maßnahmen verständlich zusammengefasst. S.86 ff.

ADAC (2025)

Wie rettet man einen Ertrinkenden?
<https://www.adac.de/gesundheits/gesund-unterwegs/vorsorge/erste-hilfe-ertrinken/#wie-hilfe-leisten-bei-ertrinken> (26.06.2026)

Spickzettel

- Immer Notruf absetzen (lassen): 112
- Eigenschutz beachten
- Wärmeerhalt
- Bewusstlosigkeit + Atmung = Stabile Seitenlage
- Bewusstlosigkeit + keine (normale) Atmung = Herz-Lungen-Wiederbelebung



Franziska Gramlich
Stellvertretende
Vorsitzende
VBE Landesbezirk
Nordbaden

Der neue VBE-Schuljahresplaner 2026/27 für nur 10.- Euro



Jetzt bestellen!

Einfach per Mail:
wirtschaftsservice@vbe-bw.de

Oder auf unserer Webseite:
www.vbe-wirtschaftsservice.de

Oder per Fax an die Nummer:
0711 293858



Hiermit bestelle ich _____ Stück Schuljahresplaner 2026/27
zum Einzelpreis von 10.- Euro (zuzüglich Versandkosten)

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

E-Mail _____

Datum _____ Unterschrift _____



VBE Wirtschaftsservice GmbH
Heilbronner Straße 41
70191 Stuttgart

Perfekt das neue Schuljahr planen ...

Schon entdeckt?

Das neue VBE-

Fortbildungsprogramm

ist online!



Verband Bildung und Erziehung
Landesverband Baden-Württemberg e. V.
In Kooperation mit der
VBE Wirtschaftsservice GmbH



Neue Broschüre verfügbar

Mit allen Angeboten von
Oktober 2026 bis März 2027.



Jetzt Plätze sichern



Online anmelden

Alle Veranstaltungen
finden Sie jederzeit aktuell
auf unserer Homepage.

Besondere Highlights im Herbst:



15.-16.10.2026

Das kritische Elterngespräch als
Chance nutzen und meistern



22.-23.10.2026

Souverän im pädagogischen Alltag –
Stresskompetenz durch Ressourcenaufbau



12.-13.11.2026

Teambuilding mit dem
lösungsorientierten Fokus



Fortbildung beginnt mit einem Klick

Scannen Sie den QR-Code und entdecken
Sie das gesamte Angebot.



Jetzt scannen!

20 Jahre AGG – Gleichbehandlung bleibt eine Daueraufgabe

VBE Baden-Württemberg beim politischen Empfang in Berlin

Als Vertreterin des VBE Baden-Württemberg nahm Petra Stoch am politischen Empfang zum 20-jährigen Bestehen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) in Berlin teil. Die von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes ausgerichtete Veranstaltung brachte Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wissenschaft, Justiz und Zivilgesellschaft zusammen, um Bilanz zu ziehen und den Blick auf zukünftige Herausforderungen zu richten.

Ferda Ataman: Schutz vor Diskriminierung bleibt aktuell

Durch den Abend führte der Journalist und Moderator Michel Abdollahi. Die Begrüßung übernahm die Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung, Ferda Ataman. In ihrer Ansprache betonte sie die Bedeutung des AGG als zentrales Instrument zum Schutz vor Benachteiligung und zur Förderung gesellschaftlicher Teilhabe. Gleichzeitig machte sie deutlich, dass Diskriminierung auch zwanzig Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes weiterhin eine Realität für viele Menschen in Deutschland darstellt.

Musik als Teil der Botschaft

Musikalisch wurde die Veranstaltung vom The String Orchestra begleitet, das sowohl die Eröffnung als auch den Abschluss des Empfangs gestaltete. Einen weiteren kulturellen Akzent setzte Maren Kroymann gemeinsam mit ihrer Band. Mit ihrem Programm „In my Sixties“ brachte sie persönliche, gesellschaftliche und generationenübergreifende Perspektiven in die Veranstaltung ein.

Zwei Justizministerinnen im Gespräch

Ein Höhepunkt des Abends war das Gespräch zwischen der ehemaligen Bundesjustizministerin Brigitte Zypries und der amtierenden Bundesjustizministerin Stefanie Hubig. Dabei wurde deutlich, unter welchen politischen Rahmenbedingungen das AGG vor zwanzig Jahren entstanden ist. Die Gesprächspartnerinnen erinnerten an die kontroversen Diskussionen im Vorfeld der Verabschiedung und beleuchteten die Entwicklung des Gesetzes bis heute. Gleichzeitig richteten sie den Blick auf zukünftige Herausforderungen, insbesondere auf neue Formen von Diskriminierung und die Frage, wie wirksamer Rechtsschutz künftig ausgestaltet werden kann.

Persönliche Erfahrungen machen Diskriminierung sichtbar

Besonders eindrucksvoll war der abschließende Beitrag von Humaira Waseem. Sie schilderte ihre Erfahrungen mit Diskriminie-



*Journalist und Moderator
Michel Abdollahi, führte
durch den Abend.*

*Für den VBE Baden-
Württemberg nahm
Petra Stoch an der
Veranstaltung teil.*



rung bei der Wohnungssuche. Ihr Bericht machte deutlich, dass Diskriminierung nicht nur eine abstrakte rechtliche Kategorie ist, sondern Menschen ganz konkret in ihrem Alltag begegnet. Gerade solche persönlichen Erfahrungen verdeutlichen, warum gesetzliche Schutzmechanismen weiterhin notwendig sind und weshalb die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Diskriminierung nicht nachlassen darf.

Eine wichtige Botschaft auch für Schule und Bildung

Zwanzig Jahre nach seinem Inkrafttreten hat das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz einen wichtigen Beitrag zur Stärkung von Chancengerechtigkeit, Vielfalt und gesellschaftlicher Teilhabe geleistet. Die Veranstaltung in Berlin zeigte jedoch ebenso deutlich: Gleichbehandlung ist kein Zustand, der einmal erreicht und anschließend als selbstverständlich betrachtet werden kann. Sie bleibt eine dauerhafte Aufgabe für Politik, Institutionen und Gesellschaft. Auch für Schulen und Bildungseinrichtungen ist diese Botschaft von besonderer Bedeutung. Respekt, Wertschätzung und die Anerkennung von Vielfalt sind grundlegende Voraussetzungen für erfolgreiches Lernen und Zusammenleben. Die Ziele des AGG berühren damit zentrale Werte, für die sich auch der VBE seit vielen Jahren einsetzt. Gleichbehandlung, Chancengerechtigkeit und Teilhabe bleiben zentrale Aufgaben einer demokratischen Gesellschaft – heute ebenso wie vor zwanzig Jahren.

Neue Spitze im Kultusministerium – jetzt braucht es echte Verbesserungen für Fachlehrkräfte

Mit Andreas Jung übernimmt ein neuer Kultusminister Verantwortung für die Bildungspolitik in Baden-Württemberg. Der CDU-Politiker betonte bereits, dass Bildungsgerechtigkeit, Lehrkräftegewinnung und die Stärkung der Schulen zu den zentralen Aufgaben der kommenden Jahre gehören soll.

Für den VBE ist der personelle Wechsel im Kultusministerium Anlass, die Anliegen der Fachlehrkräfte gegenüber der neuen Spitze zu vertreten und konkrete Verbesserungen einzufordern. Fachlehrkräfte tragen an den Schulen des Landes große Verantwortung, erleben jedoch weiterhin Benachteiligungen bei Arbeitsbedingungen, Besoldung und Karriereperspektiven. Im Mittelpunkt steht zunächst die grundsätzliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Der VBE fordert die Angleichung der Regelstundenzahl an das Deputat der jeweiligen Schulart sowie eine deutliche Ausweitung der Ausschreibung von Funktionsstellen in A11/E10 mit Amtszulage. Ebenso dringend ist eine leistungsgerechte Besoldung. Verantwortung, Qualifikation und tatsächliche Tätigkeit der Fachlehrkräfte müssen sich endlich angemessen in der Besoldung widerspiegeln. Dazu gehört auch die Berücksichtigung der mehrjährigen Berufserfahrung aus dem ersten Ausbildungsberuf. Zudem muss die Umstellung der Ausbildung auf ein dreijähriges, modularisiertes Qualifizierungssystem anerkannt werden, dessen Inhalte und Prüfungsleistungen sich in wesentlichen Teilen dem Studium des Lehramts angenähert haben.



Andreas Jung, Kultusminister Baden-Württemberg

Darüber hinaus fordern wir auch weiterhin realistisch zugängliche Aufstiegschancen. Notwendig sind deutlich mehr Plätze in den Aufstiegslehrgängen sowie niedrigere Zugangshürden durch die Entkoppelung der Besoldungsstufe A11/E10 mit Amtszulage. Außerdem braucht es transparente Möglichkeiten zur Laufbahnbefähigung als wissenschaftliche Lehrkraft – insbesondere durch verbindliche Regelungen zur Anerkennung bereits erbrachter Ausbildungs-, Berufs- und Studienleistungen bei der Aufnahme eines aufbauenden Lehramtsstudiums. Wir erwarten von der neuen Amtsführung spürbar mehr Anerkennung der Arbeit von Fachlehrkräften durch konkrete strukturelle Verbesserungen.



Wenn Sie Ihre Erfahrungen als Fachlehrkraft teilen möchten, schreiben Sie uns gerne an **Sascha.Hellmannsberger@vbe-bw.de** Ihre Stimme zählt!

Sascha Hellmannsberger
Leitung VBE Referat Fachlehrkräfte

www.vbe-bw.de



Verband Bildung und Erziehung
Baden-Württemberg



Zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Was Schulen jetzt wirklich brauchen

Gute Ziele – hohe Erwartungen

Der neue grün-schwarze Koalitionsvertrag für Baden-Württemberg setzt richtige bildungspolitische Schwerpunkte: mehr Bildungsgerechtigkeit, individuelle Förderung, digitale Bildung und eine stärkere Unterstützung von Schulen und Schulleitungen. Diese Ziele sind wichtig – einiges davon ist längst im Schulalltag angekommen. Gerade Gemeinschaftsschulen arbeiten seit Jahren mit individualisiertem Lernen, unterschiedlichen Niveaus, Lerncoaching, intensiver Elternarbeit und inklusiven Konzepten. Sie ermöglichen Kindern unabhängig von ihrer Ausgangslage Bildungswege bis zu allen Abschlüssen und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit.

Zu viel auf einmal

Die Realität an den Schulen hat sich jedoch zunehmend in eine andere Richtung entwickelt: In kurzer Zeit wurden zahlreiche Neuerungen gleichzeitig eingeführt – neue Diagnose- und Förderverfahren, zusätzliche Dokumentationspflichten, Ziel- und Leistungsvereinbarungen, digitale Plattformen, Schutzkonzepte, Neuerungen in der Berufsorientierung, Sprachfit, Oberstufenverbünde sowie immer neue Programme rund um die datengestützte Qualitätsentwicklung. Diese Aufzählung ließe sich noch um zahlreiche Punkte ergänzen. Viele dieser Maßnahmen sind fachlich sinnvoll. Das Problem ist die Gleichzeitigkeit. Schulen arbeiten nicht mehr in Entwicklungsschritten, sondern im Dauerumbau. Gerade kleinere Gemeinschaftsschulen mit Primar- und Sekundarstufe I stehen dabei unter zusätzlichem Druck, weil zwei sehr unterschiedliche pädagogische Systeme parallel organisiert und weiterentwickelt werden müssen – von intensiver Lern- und Elternbegleitung mit zahlreichen neuen Programmen in der Primarstufe bis hin zu hoch individualisierten Lern- und Beratungsstrukturen in der Sekundarstufe I.

Pädagogischer Alltag am Limit

Dabei ist der Schulalltag längst an der Belastungsgrenze angekommen. Es kommen viele neue Anforderungen zusätzlich zu den gesellschaftlichen Herausforderungen hinzu, die Schulen ohnehin schon seit Jahren bewältigen müssen. Unterricht auf unterschiedlichen Niveaustufen, Klassenführung, Leistungsbewertung, Elterngespräche, Förderplanung oder die Begleitung schwieriger sozialer Situationen gehörten schon immer zum Lehrerberuf. Heute kommt immer mehr „on top“. Elterngespräche sind längst kein einzelner Termin pro Halbjahr mehr. Wiederkehrende Rücksprachen, Krisengespräche, mitunter tägliche Abstimmungen per Mail oder Telefon und intensive Fallarbeit bei familiären oder schulischen Problemen gehören inzwischen zum Alltag von Lehrkräften und Schulleitungen und binden sehr viel Zeit. Hinzu kommt die digitale Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler: Konflikte entstehen in Klassenchats oder sozialen Netzwerken und werden am nächsten Tag in die Schule getragen. Beleidigungen, Cybermobbing oder

eskalierende Gruppenchats müssen sofort aufgearbeitet werden – oft mit Klassen, Eltern und externen Stellen. Ganze Arbeitstage gehen dabei für Gespräche, Interventionen und Dokumentation verloren. Schulische Handyverbote allein lösen dieses Problem nicht. Die Konflikte entstehen außerhalb der Schule – bearbeitet werden sie in der Schule.

Parallel dazu ist die Zusammenarbeit mit Jugendämtern, Schulpsychologie, Sonderpädagogik und Schulsozialarbeit zum festen Bestandteil des Schulalltags geworden. Das ist notwendig und richtig – bindet aber ebenfalls enorme Zeitressourcen. Viele Lehrkräfte erleben deshalb, dass immer weniger Zeit für eigentliche pädagogische Entwicklungsarbeit bleibt, weil ein wachsender Teil der Arbeitszeit für Krisenmanagement und Organisation benötigt wird.

Was jetzt notwendig ist

Wenn Bildungspolitik ernst genommen werden soll, braucht es jetzt klare Entscheidungen:

Dazu gehören

- eine verlässliche Personalausstattung statt Dauerknappheit
- eine realistische Abbildung und Berücksichtigung der tatsächlichen Arbeitsbelastung
- mehr Zeit und spürbare Entlastung durch zusätzliche Anrechnungen für Lehrkräfte und Schulleitungen
- eine deutliche Reduktion von Bürokratie und (neuen) Programmen
- die Konzentration auf das Wesentliche statt immer neuer Einzelmaßnahmen
- stabile Rahmenbedingungen und mehr Ruhe im System

Fazit

Gemeinschaftsschulen zeigen, was moderne Bildung leisten kann – aber auch, wo das System an seine Grenzen kommt. Die Ziele der Bildungspolitik sind grundsätzlich richtig. Entscheidend ist jetzt, ob sie so umgesetzt werden, dass sie im Alltag auch leistbar bleiben. Ohne echte Entlastung, verlässliche Rahmenbedingungen und eine ehrliche Ressourcenpolitik droht Bildungspolitik im Anspruch stecken zu bleiben – während die Schulen sie im Alltag nicht mehr tragen können.



Heiko Fähnle

Schulleiter der GMS
Karl-Stirner-Schule Rosenberg,
Personalrat im ÖPR Göppingen,
Beratendes Mitglied des Landesreferates
GMS des VBE



Drei Tage Bildungspolitik, Debatten und Zukunftsfragen

Ende April 2026 kam der Bundesjugendausschuss des Jungen VBE in Freiburg im Breisgau zusammen. Drei Tage lang diskutierten die Teilnehmenden über aktuelle bildungspolitische Herausforderungen, entwickelten Positionen und verabschiedeten zahlreiche Anträge zur Verbesserung von Schule, Studium und Berufseinstieg. Im Mittelpunkt des ersten Sitzungstages standen Beratungen zu verschiedenen Anträgen. Beschlossen wurden unter anderem Positionen zur bundesweiten A13-Besoldung für Grundschullehrkräfte, zum Ausbau von Planstellen in allen Schulformen, zur Lehrkräftegesundheit, zum Erhalt des Beamtentums sowie zur Prävention sexualisierter Gewalt an Schulen. Weitere Themen waren die Einführung von IT-Betreuenden an jeder Schule, finanzielle Unterstützung für länderübergreifende Netzwerktreffen und ein verpflichtender Besuch einer Holocaust-Gedenkstätte während der Schullaufbahn.

Besondere Aufmerksamkeit erhielt die Reform der Lehrkräftebildung. Aktuelle Untersuchungen zeigen, dass sich viele Lehramtsstudierende nur unzureichend auf die Anforderungen des Schul-

alltags vorbereitet fühlen. Als zentrale Ursache wurde die fehlende Verzahnung von Theorie und Praxis identifiziert.

Der Junge VBE fordert deshalb

- frühere und kontinuierliche Praxisphasen bereits ab dem dritten Semester,
- eine engere Begleitung durch praxiserfahrene Dozierende sowie
- eine stärkere Ausrichtung universitärer Inhalte an konkreten schulischen Handlungssituationen.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Gesundheit von Lehrkräften. Hohe Lärmbelastung, fehlende Erholungszeiten, ungeeignete Arbeitsbedingungen und eine dauerhaft hohe Arbeitsbelastung wurden als zentrale Belastungsfaktoren benannt. Diskutiert wurden unter anderem niedrigschwellige psychologische Beratungsangebote, der Ausbau multiprofessioneller Teams, eine verlässliche Krankheitsreserve sowie zusätzliche Zeitkontingente für kollegialen Austausch.

Darauf folgte ein bildungspolitischer Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Parteien. Ausgangspunkt der Diskussion war die Frage, ob Inklusion in ihrer bisherigen Form gescheitert sei. Der Junge VBE machte deutlich, dass insbesondere Personalmangel und unzureichende Rahmenbedingungen die Umsetzung inklusiver Bildung erschweren. Gleichzeitig sprach sich das Gremium klar für den weiteren Ausbau der Inklusion an Regelschulen bei gleichzeitiger Wahlfreiheit der Eltern aus.

Weitere Diskussionspunkte waren das sich wandelnde Berufsbild von Lehrkräften, die Qualität schulpraktischer Studienanteile, das gegliederte Schulsystem sowie der Umgang mit sozialen Medien an Schulen. Dabei wurde insbesondere die Frage kontrovers diskutiert, welchen Stellenwert Medienbildung künftig einnehmen soll und welche Aufgaben Schule in einer digital geprägten Gesellschaft erfüllen muss.

Der dritte Tag widmete sich der Zukunft des Berufsbeamtentums und der Fachkräftesicherung. Gemeinsam mit Stefan Behlau, stellvertretender Bundesvorsitzender des VBE, diskutierten die Teilnehmenden über die Bedeutung der Verbeamtung für die Attraktivität des Berufs. Ergänzend stellte Matthäus Fandreyewski, Bundesvorsitzender der dbb jugend, Überlegungen zu einem modernen Berufsbeamtentum vor.



Mitglieder des Jungen VBE und Gäste beim Bundesjugendausschuss in Freiburg im Breisgau. Foto: © Janik Unger

Der Bundesjugendausschuss in Freiburg zeigte eindrucksvoll, wie engagiert sich junge Lehrkräfte und Lehramtsstudierende in bildungspolitische Debatten einbringen. Mit klaren Positionen und konkreten Forderungen setzt der Junge VBE wichtige Impulse für eine zukunftsfähige Bildungspolitik.

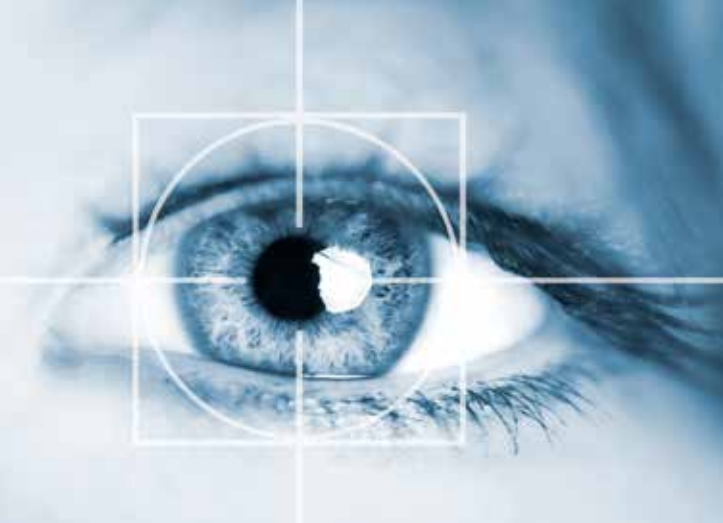
Der nächste Bundesjugendausschuss findet im Dezember 2026 in Berlin statt.

Der VBE Baden-Württemberg ist an Ihrer Seite



**VBE-Serviceangebote unter
www.vbe-bw.de**

Um Ihnen auch online bestmöglich zu helfen, bieten wir Ihnen aktuelle Informationen und Serviceleistungen auf unserer Homepage. Außerdem bietet der VBE interessante Fortbildungsmöglichkeiten – auch online – an. Unter dem Menüpunkt Veranstaltungen auf unserer Homepage finden Sie unser vielfältiges Angebot.



Referat Kindertageseinrichtungen

Im Fokus

Nicht nur dabei, sondern mittendrin: Interessen vertreten, Zukunft gestalten – oder Weil gute Kitas kein Zufall sind

Kindertageseinrichtungen sind weit mehr als Orte der Betreuung. Sie sind Bildungsräume, Lebensorte und wichtige Stützen für Familien. Hier werden Grundlagen für Chancengerechtigkeit gelegt, soziale Kompetenzen gestärkt und Bildungsbiografien begonnen. Umso wichtiger ist es, dass die Interessen von Fachkräften, Leitungen, Trägern und vor allem der Kinder selbst gehört und wirksam vertreten werden. Genau hier setzt eine starke Interessenvertretung an.

Eine Stimme für die Praxis: Das Landesreferat Kindertageseinrichtungen

Das Landesreferat Kindertageseinrichtungen im VBE Baden-Württemberg ist die zentrale Plattform für alle Themen rund um die frühkindliche Bildung. Es bündelt Erfahrungen aus der Praxis, greift aktuelle Herausforderungen auf und bringt diese gezielt in politische und gesellschaftliche Diskussionen ein. Dabei geht es nicht nur um abstrakte Forderungen, sondern um konkrete Verbesserungen im Alltag von Kindertageseinrichtungen:

- bessere Rahmenbedingungen für pädagogische Fachkräfte
- mehr Zeit für Bildung, Beziehung und individuelle Förderung
- eine stärkere Personalausstattung
- klare Qualitätsstandards

Der VBE ist hierfür der richtige Ansprechpartner, weil er die gesamte Bildungskette im Blick hat – von der frühkindlichen Bildung bis zur Schule. Diese Vernetzung ermöglicht es, Übergänge sinnvoll zu gestalten und Bildung ganzheitlich zu denken. Gleichzeitig ist der Verband nah an der Praxis und weiß, wo der Schuh wirklich drückt.

Wo wir uns konkret einbringen?

Eine starke Interessenvertretung zeigt sich vor allem dort, wo Entscheidungen getroffen werden – also genau dort, wo wir uns regelmäßig blicken lassen. Das Landesreferat bringt sich aktiv ein:

- in Gesprächen mit politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern (ja, wir bleiben dran – freundlich, aber hartnäckig)
- in Fachgremien und Arbeitsgruppen auf Landesebene (damit gute Ideen ihren Weg in die Praxis finden)
- bei Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben und Reformprozessen (damit Praxis nicht nur mitgedacht, sondern politisch ernst genommen wird)
- durch Öffentlichkeitsarbeit, die die Bedeutung frühkindlicher Bildung sichtbar macht

- ... und sonst noch: Kurz gesagt: Wir sind überall dort, wo es für Kitas wichtig wird – und manchmal auch schon einen Schritt vorher

Wir halten Landespressekonferenzen ab, entwickeln gemeinsam mit unseren Kooperationspartnern FLEET und der Hochschule Koblenz groß angelegte Kita-Studien, bieten zahlreiche Fortbildungen an und organisieren den Deutschen Kitaleitungskongress (DKLK) mit (Netzwerken inklusive). Wir schreiben Pressemitteilungen (ja, die werden wirklich gelesen!), liefern pointierte Zumeldungen und stehen Rede und Antwort für Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen (Mikrofon? Nehmen wir). Über den dbb beamtenbund und tarifunion sitzen wir außerdem mit am Tisch, wenn es um Tarifverhandlungen geht – und wenn es nötig ist, auch auf der Straße (beides können wir).

Mitmachen und mitgestalten

Interessenvertretung lebt vom Mitmachen. Jede Stimme zählt – besonders die aus der Praxis. Es gibt viele Möglichkeiten, sich einzubringen:

- Mitarbeit im Landesreferat oder in regionalen Arbeitsgruppen
 - Teilnahme an Austauschrunden und Fachveranstaltungen
 - Einbringen von Themen, Fragen und Erfahrungen aus dem eigenen Arbeitsalltag
 - Unterstützung von Aktionen und Positionen des Verbandes
- Gemeinsam können wir mehr erreichen. Je stärker die Vernetzung, desto größer die Wirkung.

Gemeinsam für gute frühkindliche Bildung

Eine starke Interessenvertretung sorgt dafür, dass frühkindliche Bildung die Aufmerksamkeit und Wertschätzung erhält, die sie verdient. Sie macht deutlich: Gute Bildung beginnt nicht erst in der Schule – sie beginnt in der Kindertageseinrichtung. Deshalb lohnt es sich, sich einzubringen, mitzudenken und mitzugestalten. Für bessere Bedingungen. Für starke Einrichtungen. Und vor allem: für die Kinder.



Susanne Sargk
Leitung Landesreferat
Kindertages-
einrichtungen im
VBE Baden-Württemberg
susanne.sargk@vbe-bw.de

Datenschutz an Grundschulen: Wenn Beobachtungen die pädagogische Freiheit einschränken

In letzter Zeit erreichen den VBE vermehrt Anrufe und E-Mails zu datenschutzrechtlichen Bedenken bei den zentralen Erhebungen an Grundschulen. Obwohl die Verordnung in § 11 Absatz 4 festhält, dass die Datenerhebung nicht auf personenbezogene Daten abzielt und Beobachtungs- sowie Interviewdaten ohne personenbezogene Merkmale dokumentiert werden sollen, bleibt die Anonymität der Lehrkräfte fraglich. Aus Sicht des Grundschulreferats ist die Zuordnung von Ergebnissen zu Lehrkräften oder Klassen nicht ausgeschlossen. Dies wirft datenschutzrechtliche Fragen zur pädagogischen Praxis auf.

Datenschutz vs. Zuordnung

- Gemäß der Regelung sollen Daten ohne personenbezogene Identifikation erhoben werden. In der Praxis scheinen jedoch Details auf Klassenebene oder gar Lehrkraftebene Rückschlüsse zu ermöglichen. Die Kinder kreuzen im Test an in welche Klasse sie gehen, beispielsweise in Klasse 3a, 3b usw. So können diese Lehrkräfte in Verbindung mit den Ergebnissen und den daraus resultierenden Bewertungen gebracht werden.
- Die Schulleitung erhält in Zukunft die regelmäßige Klassenauswertungen und Vergleichswerte auf Schulartenebene. Das ermöglicht eine Zuordnung von Ergebnissen zu konkreten Lehrkräften oder Klassen, was die datenschutzrechtlichen Bedenken des Grundschulreferats verstärkt.

Kindgerechte Gestaltung und Fragequalität

- Viele Grundschullehrkräfte empfinden die Fragen nicht kindgerecht formuliert. Die Verständlichkeit und die Art der Abfrage beeinflussen nicht nur die Qualität der Daten, sondern auch die Bereitschaft der Schülerinnen und Schüler, ehrlich zu antworten.
- Detailrückmeldungen erfolgen auf Klassenebene und Schulartenebene; Vergleiche zwischen Schulen erhöhen die Transparenz darüber, welche Lehrkraft in welcher Klasse eingesetzt wird. Das erschwert eine anonyme Datenerhebung.

Anwendungsbereiche und potenzielle Auswirkungen

- Die Ergebnisse sollen zwar nicht in dienstliche Beurteilungen einfließen, doch ist der praktische Umgang nicht neutral zu garantieren. Schulleitungen könnten – unbeabsichtigt oder aus dem Druck der Auswertung – Noten oder Leistungsziele beeinflussen.
- Selbstverständlich könnten die Ergebnisse Einfluss auf die Ziel- und Leistungsvereinbaren haben.

Der Referatsleiter Grundschule Alfred Vater betont daher eine klare Einschränkung der pädagogischen Freiheit: Die Einschätzung von Lehrkräften durch messbasierte Ergebnisse könnten natürlich das pädagogische Handeln beeinflussen.

Pädagogische Perspektive und Zukunftsperspektiven

- Die Beteiligung der Schülerinnen und Schüler ist grundsätzlich positiv zu bewerten, echter Lernfortschritt braucht transparente Feedback-Mechanismen. Doch Datenschutzaspekte dürfen nicht untergraben werden.
- Mit der zunehmenden Verbreitung von Lernstand- und Diagnosewerkzeugen – wie Lernstand 2, Kompass 4 oder ähnliche Instrumenten – steigt die Notwendigkeit, klare Regeln für Anonymität und Zuordnung festzulegen.
- Ziel muss es sein, Erhebungen so zu gestalten, dass sie fundierte Ergebnisse liefern, ohne individuelle Lehrkräfte oder Klassen zu identifizieren. Nur so bleibt die pädagogische Freiheit erhalten und das Vertrauen von Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern sowie Eltern gewahrt.

Fazit

Der aktuelle Stand zeigt, dass datenschutzrechtliche Bedenken bei zentralen Erhebungen an Grundschulen ernst genommen werden müssen. Klar definierte Anonymisierung, kindgerechte Fragestellungen und eine Sicherstellung, dass Ergebnisse nicht zu einer Beurteilung von Lehrkräften oder Einzelklassen genutzt werden, sind zentrale Bausteine, um pädagogische Freiheit und Datenschutz in Einklang zu bringen.



Alfred Vater
Leitung Referat Grundschule
VBE Baden-Württemberg

Referat Schwerbehinderung



Wahl der Vertrauenspersonen

Die Wahl der Vertrauenspersonen sowie ihrer Stellvertretungen an den Staatlichen Schulämtern in Baden-Württemberg findet im Oktober beziehungsweise November 2026 statt.

Für den VBE Landesbezirk Nordwürttemberg stellen sich die folgenden Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl und bitten um Ihre Unterstützung.

Kristin Kurz

Warum kandidiere ich?

„Seit nun bald 8 Jahren vertrete ich die (schwer-)behinderten Personen am Staatlichen Schulamt Backnang. Denn gerade Menschen, die Beeinträchtigungen im Alltag erfahren, verdienen es, dass jemand „auf ihrer Seite“ ist und sich für sie einsetzt – wie auch immer diese Unterstützung aussieht.“



Alter: 37 Jahre

Familienstand: verheiratet

Dienststelle: Salier-Realschule Waiblingen

Schulamt: Backnang

Funktion: Vertrauensperson der Schwerbehinderten am Staatlichen Schulamt Backnang

Kontaktdaten: Kristin.Kurz@ssa-bk.kv.bwl.de

Christiane Hahn

Warum kandidiere ich?

„Im Herbst 2026 kandidiere ich erneut, da Inklusion und Lehrergesundheit weiterhin wichtige Themen sind. Es ist mein Ziel, Vorurteile abzubauen und die SBV bekannter zu machen, damit die Vereinbarkeit von Schwerbehinderung und Schuldienst zur Normalität wird.“



Alter: 51 Jahre

Familienstand: verheiratet

Dienststelle: Bildungszentrum (Grund- und Realschule) in Niederstetten

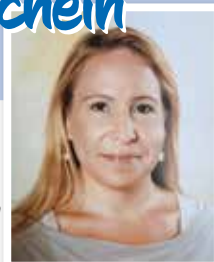
Funktionen: seit 2020 Vertrauensperson am Schulamt Künzelsau (Nordwürttemberg), Grundschullehrerin am Bildungszentrum Niederstetten, Mitarbeit im erweiterten Vorstand KV Hohenlohe-Franken

Kontaktdaten: christiane.hahn@vbe-bw.de

Isabell Blumenschein

Warum kandidiere ich?

„Ich begleite seit Jahren Menschen in persönlichen Herausforderungen und setze auf vertrauensvollen Austausch. Als Sonderpädagogin und Personalrätin unterstütze ich Lehrkräfte bestmöglich. Als Ansprechpartnerin für schwerbehinderte Lehrkräfte kenne ich ihre Anliegen und setze mich engagiert für passende Lösungen ein.“



Alter: 48 Jahre

Familienstand: verheiratet, 1 Kind

Dienststelle: Heideschule in Mutlangen, SBBZ Sprache

Schulamt: Schulamt Tübingen

Funktionen: Personalrätin im Örtlichen Personalrat am SSA Göppingen, Stellv. Kreisvorsitzende VBE Ostwürttemberg/Göppingen, VBE-Ansprechperson im Kreisverband zu den Themen Schwerbehinderung, Gleichstellung, längere Krankheit

Kontaktdaten: isabell.blumenschein@vbe-bw.de

Steffen Mack

Warum kandidiere ich?

„Ich kandidiere als stellvertretende Vertrauensperson, weil mir die Rechte und Teilhabe schwerbehinderter Kolleginnen und Kollegen wichtig sind. Als Betroffener kenne ich die Herausforderungen und setze mich für faire Bedingungen, Barrierefreiheit und verlässliche Unterstützung ein.“



Alter: 51 Jahre

Familienstand: verheiratet, 1 Tochter

Dienststelle: Christophorus-Schule Heidenheim, SBBZ Lernen

Funktion an der Schule: Klassenlehrer, Netzwerkberater und Multimediaberater

Weitere Funktionen: VBE Vorsitzender Bezirksgruppe Heidenheim, Ersatzmitglied im ÖPR Göppingen

Kontaktdaten: steffen.mack@vbe-bw.de

Nachteilsausgleich im Studium und Vorbereitungsdienst

Ein Nachteilsausgleich soll die Einschränkungen, die eine Person mit Schwerbehinderung oder Gleichstellung erfährt, ausgleichen, damit ihr eine gleichberechtigte Teilhabe ermöglicht wird.

Studium

Der Anspruch auf Nachteilsausgleich ergibt sich aus einer Vielzahl rechtlicher Regelungen, darunter die UN-Behindertenrechtskonvention, das Grundgesetz, das Sozialgesetzbuch IX sowie hochschul- und prüfungsrechtliche Bestimmungen. Anspruchsberechtigt sind nicht nur Studierende mit anerkannter Schwerbehinderung. Auch Personen mit chronischen Erkrankungen oder einem Grad der Behinderung unter 50 können Nachteilsausgleiche beantragen. Entscheidend ist nicht der formale Status, sondern die konkrete Beeinträchtigung im Studien- oder Prüfungsalltag.

Der Nachteilsausgleich dient ausdrücklich nicht der Leistungsabsenkung oder Bevorzugung. Vielmehr sollen individuelle behinderungs- oder krankheitsbedingte Nachteile kompensiert werden, sodass Prüfungsleistungen unter vergleichbaren Bedingungen erbracht werden können. Die Anforderungen an den Kompetenzerwerb bleiben dabei unverändert.

Die konkrete Umsetzung des Nachteilsausgleichs erfolgt entweder pauschal oder individuell und situationsbezogen. Ein pauschaler Nachteilsausgleich wird nach Vorlage des Schwerbehindertenausweises unabhängig von der konkreten Beeinträchtigung gewährt. Dadurch wird beispielsweise dem Prüfling der Prüfungstermin früher angekündigt.

In Studium und Prüfungen kommen neben den pauschalen Nachteilsausgleichen unter anderem folgende individuelle Maßnahmen in Betracht:

- Verlängerung von Bearbeitungszeiten
- zusätzliche oder verlängerte Pausenregelungen
- Prüfungen in separaten Räumen
- Anpassung der Prüfungsform bei gleichwertiger Leistungsfeststellung
- Nutzung technischer Hilfsmittel oder Assistenz
- Fristverlängerungen bei Abschlussarbeiten
- Verschiebung oder frühere Bekanntgabe von Prüfungsterminen
- Verlängerung der Studiendauer

Diese Bandbreite zeigt: Der individuelle Nachteilsausgleich ist kein starres Instrument, sondern erfordert stets eine individuelle Abwägung. Nachteilsausgleiche müssen rechtzeitig schriftlich beantragt werden. Dabei sind Nachweise erforderlich, etwa die Vorlage

des Schwerbehindertenausweises oder eines ärztlichen Gutachtens. Allerdings gilt:

- Eine konkrete Diagnose muss nicht offengelegt werden, im vorzulegenden Schwerbehindertenbescheid können die Diagnosen geschwärzt werden.
- Ein Schwerbehindertengrad ist weder zwingend erforderlich noch automatisch ausreichend, außer bei den pauschalen Nachteilsausgleichen. Soweit keine festgestellte Schwerbehinderung oder Gleichstellung vorliegt, muss durch ein fachärztliches Gutachten eine längerfristige Einschränkung bestätigt werden, die eine Behinderung darstellt.
- Entscheidend ist die Darstellung konkreter studienbezogener Nachteile, die sich aus der krankheits- oder behinderungsbedingten Einschränkung ergeben.

Viele Betroffene scheitern genau an diesem Punkt: Nicht die Beeinträchtigung an sich, sondern deren Auswirkungen auf das Studium müssen nachvollziehbar dargelegt werden. Wichtig ist die frühzeitige Kontaktaufnahme zu Behindertenbeauftragten, Prüfungsämtern oder Beratungsstellen an der betreffenden Hochschule. Neben Informationen zum Verfahren bieten diese Stellen Unterstützung bei der Auswahl geeigneter Maßnahmen und helfen, individuelle Lösungen zu entwickeln.

Im Praxissemester gelten grundsätzlich die gleichen Regelungen wie an der Hochschule. Gleichzeitig treten neue Akteure hinzu: Schulleitungen sind für den Arbeits- und Gesundheitsschutz verantwortlich und können konkrete Maßnahmen vor Ort umsetzen. Bedarfe sollten bereits vor Beginn des Praxissemesters geklärt werden, um praktikable Lösungen im Schulalltag zu ermöglichen.

Besondere Situation im Vorbereitungsdienst

Auch im Vorbereitungsdienst besteht ein Anspruch auf Nachteilsausgleich. Dieser kann ebenfalls sowohl pauschale (ausschließlich für schwerbehinderte Lehramtsanwärterinnen und -anwärter) als auch individuelle Maßnahmen umfassen.

Zu den pauschalen Regelungen zählen beispielsweise:

- Deputattermäßigung beim selbstständigen Unterricht
- frühere Ankündigung von Prüfungsterminen
- zusätzliche Pausen zwischen Prüfungsteilen

Darüber hinaus sind individuelle Anpassungen möglich. Eine glaubhaft gesundheitliche Beeinträchtigung oder eine amtlich festgestellte Behinderung allein begründet noch keinen Anspruch auf einen individuellen Ausgleich. Es kommt auf die Auswirkung

Referat Schwerbehinderung

der Behinderung auf den Vorbereitungsdienst an. Wie beim Studium muss durch ein fachärztliches Gutachten dargestellt werden, in wie weit die Beeinträchtigung oder Behinderung die Ausbildung erschwert und sich dadurch Benachteiligungen ergeben.

Eine wichtige Neuerung stellt die Möglichkeit dar, den Vorbereitungsdienst in Teilzeit zu absolvieren. Diese Option ermöglicht insbesondere schwerbehinderten und von der Agentur für Arbeit gleichgestellten Lehramtsanwärterinnen und -anwärtern eine bessere Vereinbarkeit von Ausbildung und gesundheitlichen Anforderungen. Gleichzeitig bringt sie jedoch finanzielle Einbußen mit sich.

Der Vorbereitungsdienst beim Absolvieren in Teilzeit wird von 18 Monaten auf 30 Monate, also fünf Unterrichtshalbjahre, gestreckt. Das entspricht einer Teilzeitquote von 60%. Besoldung und Ruhegehaltsanspruch werden entsprechend der Teilzeitquote gekürzt. Die dargestellten Regelungen zeigen, dass der Nachteilsausgleich ein differenziertes und grundsätzlich gut ausgestaltetes Instrument ist. Gleichzeitig wird deutlich, dass seine Wirksamkeit maßgeblich von der praktischen Umsetzung abhängt.

Für den VBE ergibt sich daraus ein klarer Handlungsauftrag:

- bessere Information der Betroffenen,
- Stärkung von Beratungsstrukturen,
- Sensibilisierung aller Beteiligten im Ausbildungsprozess.

Nur so kann gewährleistet werden, dass angehende Lehrkräfte mit Behinderung oder chronischer Erkrankung ihre Ausbildung unter fairen Bedingungen absolvieren und ihre Potenziale voll entfalten können. Kommen Sie gerne auf uns zu. Wir beraten Sie bei Fragen und unterstützen Sie von Anfang an auf Ihrem Weg durch das Studium sowie während des Vorbereitungsdienstes.



Nadine Possinger

Leitung Landesreferat Schwerbehinderte und Gleichgestellte



Benjamin Possinger

Leitung Referat Schwerbehinderte und Gleichgestellte im Landesbezirk Südbaden

Referat Senioren

Großer Andrang beim Seminar zum Erbrecht und Schenkungsrecht

Auch das Erbrechtseminar Mitte April 2026 war nach kurzer Zeit wieder ausgebucht. Ein spannendes Thema, schließlich geht's ja um das eigene Hab und Gut und was daraus mal werden soll und das muss gut überdacht sein.

Christine Ebert, Syndikusanwältin des VBE-Baden-Württemberg, zeigte mit ihrem Vortrag am Vormittag mit den Themen Erbsfolge, Testament, Erbvertrag und Erbverzicht die rechtlichen Grundlagen des Erbrechts auf. Sie verdeutlichte jeweils mit verschiedenen aus dem Lebensalltag gegriffenen lebensnahen Beispielen unter aktiver Einbeziehung der Seminarteilnehmer/-innen die Rechtslage.

Am Nachmittag gelang es Christine Ebert wieder mit der Einbeziehung der Teilnehmer und Teilnehmerinnen die vorweggenommene Erbsfolge mit den verschiedenen Möglichkeiten von Schenkungen die Rechtslage gut verständlich und lebensnah zu vermitteln. Ekkehard Gabriel gestaltete den Schlussteil des Seminars mit Fragen des Steuerrechts, den Erbrecht-Steuerklassen und – Freibeträ-



Wieder einmal war das Interesse am Seminar zum Erbrecht und Schenkungsrecht groß und gut besucht.

gen sowie den verschiedenen Möglichkeiten, Erbschaftssteuern sparen zu können. Anhaltender Applaus der Teilnehmenden am Ende des Ganztagesseminars zeigten, dass sich der Besuch dieses VBE-Angebotes gelohnt hat. *Ekkehard Gabriel*

Jahresarbeitstagung 2026 des VBE-Seniorenreferates

Ziel der diesjährigen Jahrestagung der VBE-Seniorenvertretungen vom 27.-29. April war die Gestaltung und Stärkung der Betreuung unserer VBE-Mitglieder während des Ruhestands. Eine Vielzahl von im Ruhestand aktuellen Themen wartete auf die 20 Seniorensprecher/-innen der VBE-Kreisverbände, der Landesbezirke und des Landesverbandes im Schönstatt-Zentrum auf der Liebfrauenhöhe in Ergenzingen bei Rottenburg.

Der digitale Nachlass

Einen umfassenden Einblick in den digitalen Nachlass bot uns Rechtsanwalt Alexander Weigert von der Verbraucherzentrale Stuttgart in dem er die rechtliche Einordnung der Vererbbarkeit digitaler Daten darstellte, darauf verwies, wo eigene digitale Daten überall zu finden sind, wie man den Nachlass selbst verwalten kann, was erfolgt, wenn man selbst keine Vorsorge getroffen hat bis hin zum kommerziellen (teuren) digitalen Nachlassverwalter.

Ja zum verpflichtenden Jahr vor der Grundschule

So manche Seniorensprecher/-innen waren bei Gerhard Brands Ausführungen zum Thema „Aktuelle schul- und bildungspolitische Fragestellungen“ mit ihren Gedanken bei unseren Kolleginnen u. Kollegen im aktiven Dienst, die immer neuen zusätzlichen Belastungen ausgesetzt sind. Begrüßt wurde von allen die Einführung eines verpflichtenden Jahres vor Beginn der Grundschule zur Verbesserung der Sprachkompetenz und der Eingliederungsvoraussetzungen.

Aus der Arbeit des VBE-Referates Schwerbehinderte

Nadine und Benjamin Possinger, Leitung des VBE-Referates Schwerbehinderte berichteten aus der Arbeit des VBE-Referates Schwerbehinderte und erklärten sehr anschaulich und fachlich souverän das Betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM), das Rekonvaleszenzverfahren sowie bei der Altersteilzeit das Teilzeit- und das Blockmodell vor dem Eintritt in den Ruhestand sowie das Zuruhe-setzungsverfahren bei Dienstunfähigkeit in den Ruhestand.

Erbschaftssteuer und Schenkungsrecht – ein Kenntnis Muss

Ekkehard Gabriel machte beim Thema "Aktuelle Erbschaftssteuer und das Schenkungsrecht" deutlich, wie hoch die Steuerfreibeträge und die jeweiligen Steuersätze sind, wie man Erbschaftssteuern sparen kann und dass es außerordentlich sinnvoll ist, sich frühzeitig mit diesem Thema zu befassen, insbesondere sofern man über Immobilien, genügend Aktien oder sonstiges Vermögen verfügt, will man die Erbenden nicht mit (sehr) hohen Erbschaftsteuerzahlungen belasten.



Neben interessanten Themen bei der Seniorentagung, kam auch Kulturelles nicht zu kurz. Zum Beispiel ...



... die Besichtigung von Schloss Wachendorf.

Schloss Wachendorf – Juwel am oberen Neckar

Jürgen Sroka, Seniorensprecher des KV Freudenstadt, gelang es auch in diesem Jahr wieder, diesmal mit der Besichtigung des Schlosses Wachendorf unser Tagungsprogramm kulturell zu begleiten. Das Schloss ist einer der bekanntesten Adelssitze am oberen Neckar. Die Familie von OW wurde im Jahr 1681 von Kaiser Leopold I in den Reichsfreiherrnstand erhoben. Das Gut betreibt heute die klassische Land- und Fortwirtschaft.

BAGSO - Wer ist das?

Nach Toni Webers Ausführungen über die BAGSO (BundesArbeits-Gemeinschaft der Senioren Organisationen) wissen wir, dass diese ein Zusammenschluss vieler größerer Organisationen ist, die in ihren Organisationen auch Seniorinnen und Senioren betreuen, wie der VBE seine Ruheständler. Toni Weber ist einer von 4 VBE-Verbindungs-kontaktpersonen zur BAGSO.

Medienkompetenz ab dem 60. Lebensjahr seit 2021 erhöht
Thomas Rathgeb, Leiter der Abteilung Medienkompetenz der Landesanstalt für Kommunikation BW (LFK) Stuttgart und Leiter der SIM-Studie 2024, untersuchte mit der SIM-Studie das Medienverhalten der über 60 Jahre alt Personen in Deutschland. Die Studie erfasst die Medienausstattung, Mediennutzung, Internetnutzung, die Nachrichtennutzung, das Informationsverhalten, die digitalen Kompetenzen, digitale Gesundheitskompetenz usw.. Resultat der Studie: die Medienkompetenz der älteren Menschen in Deutschland hat sich von 2021 bis 2024 deutlich erhöht. 2027 steht die Folgestudie an. *Ekkehard Gabriel*

Was nun Herr Kommissar? – Landesweite Vortragsreihe zum Thema „Online sicher unterwegs“

Das Internet revolutioniert unsere Gesellschaft. Immer neue Möglichkeiten für Konsum und Kommunikation bergen auch Gefahren, die für den Einzelnen oft schwer zu erkennen sind. Um auf die zunehmend gerisseneren, oft folgenschweren Kriminalitätsgefahren im Internet, aber auch am Telefon aufmerksam zu machen, um sich schützen zu können und um Unsicherheit im Umgang mit dem Internet abbauen zu können hat das VBE-Seniorenreferat landesweit im Mai neun Informationsveranstaltungen durchgeführt.

Referenten waren Polizeihauptkommissare und -kommissarinnen, die sich in den Polizeipräsidien Baden-Württembergs täglich mit Internetstraftaten/Telefonstraftaten aktuell befassen.

So umfassten ihre Vorträge eine breite Palette von Themen wie Fakeshop, Abo-Fallen, Finanzbetrug, Scamming (der Geschädigte ging finanziell in Vorleistung), Love Scam, gefakte Wohnungsinserate, Job Scaming und Passwortschutz.

Zu all diesen Bereichen der aktuellen Internetkriminalität, zeigten die Referenten und Spezialisten der Polizei die genannten Betrugs- maschen auf und wie man sich davor schützen kann. In unserer Juli/August-Ausgabe wollen wir uns auf die "6 Regeln für gute Passwörter" der Polizei beschränken. In den nächsten Ausgaben folgen weitere Beispiele von Online-Kriminalität und wie man sich davor schützen kann.

Die 6 Regeln für gute Passwörter *

1. Ein Passwort sollte mindestens 10 Zeichen lang sein
2. Es sollte aus Groß- und Kleinbuchstaben, Zahlen und Sonderzeichen (z.B. \$ & ? * !?) bestehen und nicht in einem Wörterbuch zu finden sein oder mit Ihnen und Ihrer Familie im Zusammenhang stehen. Verwenden Sie also keine Namen, Geburtsdaten, Telefonnummern oder Ähnliches.
3. Es sollte keine bloße Zahlenfolge (12345...), alphabetische Buchstabenfolge (abcdef...) oder eine Reihe benachbarter Tasten auf der Tastatur (qwertz...) darstellen.
4. Je sensibler ein Zugang ist (etwa beim Online-Banking), umso mehr Sorgfalt sollten Sie bei der Auswahl eines starken Passworts walten lassen. Falls der Anbieter keine Zeichenbegrenzung für das Passwort vorsieht, gilt: je länger, desto besser!
5. Wählen Sie nicht ein Passwort für alle Portale, sondern legen Sie mindestens für die wichtigsten und meisten genutzten Dienste eigene Passwörter an.
6. Ändern Sie ein Passwort, wenn es Ihnen von einem Anbieter übermittelt wurde und Sie sich das erste Mal dort angemeldet haben. Weitere Gründe zum Ändern des Codes wären, dass ihr Online-Dienstleister Sie dazu auffordert, große Datenlecks bekannt werden oder Ihr Gerät mit Schadsoftware infiziert worden ist.

*Quelle: Polizeipräsidium Freiburg, Referat Prävention Kriminalpolizeiliche Beratungsstelle - „Was nun Herr Kommissar“



Veranstaltungsort Biberach

Am 20. Mai 2026 wurde es im Familienzentrum in der Fanny-Hensel-Straße 5 in Biberach spannend, informativ und stellenweise sogar erstaunlich humorvoll. Sven Kilimiak von der Polizei Biberach-Ulm referierte vor elf interessierten Teilnehmerinnen und Teilnehmern.



Veranstaltungsort Kirchzarten

Am 21. Mai 2026 informierte Kriminalhauptkommissar Frank Erny vom Polizeipräsidium Freiburg (Referat Prävention) an der Realschule am Giersberg zu den gespannt und aufmerksam lauschenden Teilnehmerinnen und Teilnehmern.



Veranstaltungsort Bad-Mergentheim

Am 11. Mai 2026, hielt Polizeioberkommissarin Sabine Hönninger in der Kopernikus-Realschule in Bad Mergentheim ihren informativen Vortrag und gab viele alltagstaugliche Hinweise..



Veranstaltungsort Lorch

Am 19. Mai 2026 fand die Veranstaltung des Kreisverband Ostwürttemberg-Göppingen statt. Der Seniorenvertreter Erwin Huttenlau und die Seniorenvertreterin Gabriele Tetzner luden dazu ins Café Muckensee in Lorch ein.



Veranstaltungsort Mosbach

Am 12. Mai 2026 veranstaltete der VBE-Neckar-Odenwald im Hotel Lamm in Mosbach die Informationsveranstaltung. Der Seniorensprecher Toni Weber begrüßte dazu den Referenten Polizeihauptkommissar Lars Maylandt.



Veranstaltungsort Metzingen

Am 10. Juni 2026 begrüßte Seniorensprecher Jürgen Grund interessierte Senioren und Seniorinnen zum Informationsvortrag im Kulturforum Metzingen. Jochen Huttenlocher von der Polizei Reutlingen referierte zum Thema.



Veranstaltungsort Donaueschingen

Am 19. Mai 2026 erläuterte Polizeihauptkommissar Stefan Marquart den aufmerksamen Pensionären und Pensionärinnen das interessante Thema. Begleitet wurde die Veranstaltung von den Seniorensprechern Norbert Hinz und Brigitte Veit.



Veranstaltungsort Walldorf

Am 21. Mai 2026 gab die Polizeikommissarin Silke Sitzler vom Polizeipräsidium Mannheim, Referat Prävention, Kriminalpolizeiliche Beratungsstelle Heidelberg den Teilnehmenden Wertvolle Informationen zum Thema mit auf den Weg.

Ziel- und Leistungsvereinbarungen an Schulen – Ein Blick in die Praxis

Ziel- und Leistungsvereinbarungen spielen im schulischen Alltag eine große Rolle. Sie sollen Schulentwicklung vorantreiben, Transparenz schaffen und gemeinsam vereinbarte Entwicklungsziele verbindlich machen. Gleichzeitig werfen sie Fragen auf: Wie sinnvoll ist die Orientierung an messbaren Zielen im komplexen System Schule? Welche Auswirkungen haben solche Vereinbarungen auf Kollegien, Schulleitung und Schulen, auch im Hinblick auf die Arbeitsbelastung? Das Vorstandsteam des Landesbezirks Südwestfalen sprach darüber mit Steffen Strohacker, Schulleitung der Realschule Meßsteden.

VBE SW: Ziel- und Leistungsvereinbarungen gehören inzwischen an unseren Schulen zum Alltag. Wie erleben Sie das Themenfeld Ziel- und Leistungsvereinbarungen an Ihrer Schule?

Steffen Strohacker: Wir sind vor mittlerweile 1 ½ Jahren in die Thematik der Ziel- und Leistungsvereinbarung eingestiegen. Es war am Anfang eine gewisse Last, ein gewisser Druck zu spüren. Nicht nur im Kollegium, auch bei mir in der Schulleitung: Wozu soll das gut sein? Was haben wir davon? Warum so ein großer Aufwand? Viele Fragen standen im Raum, die es zu beantworten galt. Wir wurden aber durch unser Schulamt auf dem gesamten Weg sehr gut begleitet und unterstützt. Dadurch wurde die ganze Angelegenheit irgendwann als „machbar“ empfunden. Nachdem sich unser Schulleitungsteam auf Eckpunkte geeinigt hatte und die entsprechenden Fachschaften beteiligt waren, ging es relativ schnell bis zur endgültigen Fassung der ZLV.

VBE SW: Wo sehen Sie dabei die größten Spannungsfelder?

Steffen Strohacker: Das größte Spannungsfeld war sicherlich die Motivation im Kollegium. Grundsätzlich ist zu spüren, dass viele Kollegen die Frage stellen „Was sollen wir denn noch alles stemmen?“. Es bedurfte Fingerspitzengefühl um die Angst vor einer „Kontrolle von oben“ und von zusätzlicher Arbeit zu nehmen und die positiven Möglichkeiten und Chancen für uns als Schule herauszustellen. Es ist in diesem Bereich auch weiterhin viel positive Bestärkung der Lehrkräfte notwendig, damit die Inhalte der ZLV präsent bleiben und weiter daran gearbeitet wird.

VBE SW: Was braucht es, damit Zielvereinbarungen tatsächlich sinnvoll wirken können?

Steffen Strohacker: Die Inhalte der ZLV müssen natürlich individuell für die Schule passen. Hier ist jede Schule anders und muss eigene Schwerpunkte setzen. Auch bedarf es einer stetigen „Erinnerung“ der positiven Auswirkungen für uns als Schule. Alle Beteiligten müssen immer wieder den Sinn hinter der ZLV erleben können.

VBE SW: Kritikerinnen und Kritiker sprechen häufig von zusätzlicher Bürokratie. Teilen Sie diese Einschätzung?

Steffen Strohacker: Ja und Nein. Der Aufwand um die ZLV von



Steffen Strohacker, Schulleitung an der Realschule Meßsteden

der Idee bis zur Unterschrift zu bringen, ist nicht zu unterschätzen. Auch im laufenden Betrieb muss der Fortschritt kontrolliert werden. Andererseits ergibt sich durch die schriftliche Ausarbeitung und die Unterschrift beider Seiten eine hohe Verbindlichkeit.

VBE SW: Welche Rolle spielt das Verhältnis zwischen Schulaufsicht und Schulen?

Steffen Strohacker: Das ist aus meiner Sicht der wichtigste Punkt. Ein gutes Verhältnis ist unabdingbar. Die Begleitung der Schulaufsicht in kleinen, machbaren Schritten festigt die Sinnhaftigkeit der ZLV. Ohne dieses gute Verhältnis, wäre eine im Schulalltag umsetzbare ZLV nicht möglich.

VBE SW: Wie sollte sich das Instrument Ziel- und Leistungsvereinbarung künftig weiterentwickeln?

Steffen Strohacker: Über eine Weiterentwicklung möchte ich im Moment noch nicht spekulieren. Wir sollten die jetzige Situation erst wirken lassen und an Änderungen denken, wenn sich eine deutliche Notwendigkeit anbahnt. Die ZLV ist in vielen Schulen über mehrere Jahre angelegt und es wäre nicht sinnvoll zu früh einzugreifen.

Fazit: Ziel- und Leistungsvereinbarungen bleiben ein umstrittenes Instrument der Schulentwicklung. Das Interview zeigt: Entscheidend ist weniger das Instrument selbst als die Art seiner Umsetzung. Dort, wo Beteiligung, Vertrauen und realistische Rahmenbedingungen im Mittelpunkt stehen, können Vereinbarungen Orientierung geben und Entwicklungsprozesse unterstützen. Werden sie jedoch vor allem als Kontroll- und Verwaltungsinstrument erlebt, drohen zusätzliche Belastungen und Akzeptanzprobleme.



Anja Bartenschlager
Vorsitzende VBE
Südwestfalen



Alfred Vater
Stellv. Vorsitzender
VBE Südwestfalen



Walter Beyer
Stellv. Vorsitzender
VBE Baden-Württemberg



Sascha Hellmannsberger
Vorstandsmitglied
VBE Südwestfalen

Schuljahresabschluss im Landesbezirk Südwürttemberg

Ein betriebsames VBE-Schuljahr ging im Juli zu Ende: Vereidigungsaktionen, Crashkurse, VBE-Fortbildungen, einen südwürttembergischen Nachmittag organisieren und durchführen, Kurseröffnungen, Seminaraktionen, Beratungen und Vieles mehr waren Inhalte der Gespräche des gemeinsamen Treffens. Die Vorsitzende Anja Bartenschlager hatte im Vorfeld alle aktiven VBE'lerinnen und VBE'ler dazu eingeladen und begrüßte die Anwesenden herzlich. Auch im Namen des Vorstandsteams dankte sie allen für ihren Einsatz für den VBE. Anschließend gab es ein gemütliches Beisammensein, bei dem man sich in aller Ruhe über die Ereignisse im vergangenen Schuljahr austauschen und neue Netzwerke knüpfen konnte.

Reihen von vorne, v. l.: Elli Khazzoum, Anja Bartenschlager, Margit Malek, Claudia Halder, Alfred Vater, Matthias Würth, Janine Schneider, Sascha Hellmannsberger, Anja Schatz, Martin Badent, Stefanie Wekenmann, Günter Borchert, Ernst Vater, Ulrike Engelhardt, Werner Steiner



Landesbezirk Südbaden

Bonn kennenlernen und lieben

Auf fünftägige Fahrt machte sich eine südbadische Reisegruppe, um die ehemalige Bonndes-Hauptstadt kennenzulernen. Immerhin sind dort noch sechs Bundesministerien beheimatet und der zweite Amtssitz des Bundespräsidenten, die Villa Hammerschmidt, strahlt wie eh und je im damaligen Glanz. Dieser politische Teil des Ausfluges musste besonders gut vorbereitet sein, denn nach wie vor kontrolliert die Bundespolizei den Zugang.

Nachdem am Tag 1 der Besuch des Hauses der Geschichte angesagt war, stand das Kennenlernen Bonns am zweiten Tag an. Dazu gehörte auch das Innere des Beethovenhauses, das der Gruppe Leben und Werk des Genies etwas näherbrachte. Ein Ausflug per Schiff und Zahnradbahn zum Schloss Drachenburg und zum Drachenfels nach Königswinter waren das Ziel am Folgetag. Spätestens zu diesem Zeitpunkt stand fest, dass hier Engel auf Reisen sind. In ganz Deutschland gab es Unwetterwarnungen und Überschwemmungen, in Bonn strahlte meistens die Sonne.

Im Deutschen Museum Bonn informierten sich die Reisenden über neue Entwicklungen bei KI und lernte die Humanoidin Ameca und



Die VBE-Reisegruppe vor der Villa Hammerschmidt

deren Möglichkeiten kennen. Auch ein Roboterhund wurde vorgeführt, man sah Erstaunliches. Die letzten positiven Eindrücke am Abreisetag genoss man im Botanischen Garten am Poppelsdorfer Schloss. Für ein ungeplantes Highlight sorgte einmal mehr die Deutsche Bahn bei der Heimfahrt. Die Reisegruppe dankte dem Organisator Josef Klein und seiner Frau Gisela mit einer Bonn-Tasse für die Planung und Durchführung des eindrucksvollen Aufenthalts.

Bild: VBE Südbaden, Text: jo-kl

Aus den Kreisverbänden

KV Albstadt

KV bestellt neue Beirätin für Gemeinschaftsschulen

Der Kreisverband freut sich mit Sarah Birkhofer eine engagierte und sehr kompetente neue Beirätin für Gemeinschaftsschulen bei der letzten Vorstandssitzung am 18. Mai 2026 gewonnen zu haben. Sie ist im VBE bereits länger tätig und daher keine Unbekannte. Sarah Birkhofer studierte an der PH Weingarten Lehramt für die Sekundarstufe I und ist seit 2024 als Gemeinschaftsschullehrkraft am Schulzentrum Stetten a.k.M. tätig. Bereits während ihres Studiums engagierte sie sich aktiv im VBE und unterstützte unter anderem die Infostände des Verbandes an der PH. Seit 2024 bringt sie sich im Jungen VBE als Junglehrkräftevertreterin ein. In dieser Funktion begleitet sie Übergangsveranstaltungen vom Studium ins Referendariat und unterstützt angehende Lehrkräfte beim Einstieg in den Vorbereitungsdienst. Auch im KV Albstadt ist sie engagiert und bringt sich auf vielfältige Weise ein. Stellvertretend für den Kreisverband bedankt sich Alfred Vater ausdrücklich für die Bereitschaft



das neue Amt als Expertin für die Gemeinschaftsschulen zu übernehmen. Dies gerade angesichts der Aufgabenfüller der Lehrkräfte keine Selbstverständlichkeit. *Alfred Vater*

Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in unserem Kreisverband haben oder Informationen wünschen, wenden Sie sich an den Kreisverbandsvorsitzenden: alfred.vater@vbe-bw.de

KV Freiburg

Die etwas andere Stadtführung - Faust, Mephisto und Goethe bei teuflischer Hitze

Der Kreisverband Freiburg organisierte in Staufen eine außergewöhnliche Stadtführung, die bei hochsommerlichen Temperaturen zu einem besonderen Erlebnis wurde. In den historischen Gassen erweckte der Darsteller Faust und Mephisto zum Leben und bezog die Teilnehmer aktiv in das Geschehen ein. Spannende Geschichten, schattige Plätze und viel Humor machten die Führung zu einem besonderen Erlebnis. *Alexandra Rempe*

Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in unserem Kreisverband haben oder Informationen wünschen, wenden Sie sich an die Kreisverbandsvorsitzende: nadine.possinger@vbe-bw.de



KV Karlsruhe

Sommerstammtisch mit tropischen Temperaturen

Der Sommerstammtisch in der Odenwaldhütte Bruchsal machte seinem Namen alle Ehre. Bei hochsommerlichen 36 Grad trafen sich trotz der großen Hitze zahlreiche gut gelaunte Kolleginnen und Kollegen zum regen Austausch. Im schattigen Wald rund um die Odenwaldhütte sorgten eisgekühlte Getränke und sommerliche Salate für eine willkommene Erfrischung. Der Hitze zum Trotz kamen auch einige Fächer zum Einsatz. Zwar verschafften sie keine dauerhafte Abkühlung, dafür sorgten sie umso mehr für gute Laune und einige heitere Momente. Gesprächsstoff gibt es in der Schullandschaft schließlich immer genug – unabhängig von den Temperaturen. So wurde auch dieser Stammtisch wieder intensiv genutzt, um sich auszutauschen und aktuelle Themen zu besprechen. Für den nächsten Sommerstammtisch wären ein paar Grad weniger sicherlich angenehmer. Die Bestellung für angenehme 26 Grad im kommenden Jahr ist jedenfalls bereits aufgegeben – jetzt bleibt nur abzuwarten, ob sie auch geliefert wird. *Rebekka Mack*

Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in unserem Kreisverband haben oder Informationen wünschen, wenden Sie sich an die Kreisverbandsvorsitzende: andrea.wieser@vbe-bw.de



Schulkreis Lörrach-Waldshut

Mitgliederversammlung des VBE Lörrach/Waldshut

Mitte Mai hatte der VBE Lörrach/Waldshut zur Mitgliederversammlung eingeladen. Der Schulkreis ist mit über 840 Mitgliedern der zweitgrößte KV nach Freiburg im VBE Südbaden. Die Schulkreisvorsitzende Sonja Dannenberger gab einen Überblick über die Tätigkeiten des Schulkreises in den vergangenen zwei Jahren. Der VBE konnte auf über 120 Termine der ehrenamtlichen Vorstandmitglieder und des Kreisverbands zurückblicken. Auf der Tagesordnung standen anschließend Neuwahlen. Ab sofort wird der VBE-Kreisverband von einem Team geleitet: Die bisherige Schulkreisvorsitzende Sonja Dannenberger leitet den Kreisverband nun zusammen mit Tassilo Fuchs, dem bisherigen Stellvertreter für den Landkreis Lörrach. Der gesamte 16-köpfige Kreisvorstand wurden wiedergewählt. Ganz herzlich und sehr individuell verabschiedet wurden die langjährigen Vorstandsmitglieder Bernhard Rimmele, Ulrike Mölbert sowie Beatrix und Michael Götz. Als freudigen Anlass konnte das Vorsitzendenteam danach insgesamt 29 langjährige VBE-Mitglieder für 25 bis 70 Jahre Mitgliedschaft ehren. Besonders geehrt wurden die drei anwesenden VBE-Mitglieder Angelika Buchmann-Flaitz (25 Jahre), Volker Greßlin (25 Jahre) und Ingeburg



Die Schulkreisvorsitzenden Sonja Dannenberger und Tassilo Fuchs sowie Christoph Wolk (VBE Südbaden, links) verabschieden die ausscheidenden Vorstandsmitglieder Beatrix Götz, Michael Götz, Ulrike Mölbert (Mitte) sowie Bernhard Rimmele (rechts).

Orth (50 Jahre). Abschließend zeigte Christoph Wolk, Vorsitzender des VBE Südbaden, kritisch auf, was nach dem Wechsel im Kultusministerium in der Bildungspolitik geplant ist und welche politischen Entscheidungen der VBE konkret mitgestaltet hatte.

Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in unserem Kreisverband haben oder Informationen wünschen, wenden Sie sich an die Kreisverbandsvorsitzenden: sonja.dannenberger@vbe-bw.de oder tassilo.fuchs@vbe-bw.de

KV Mannheim

Gleich zu unterschiedlichen Rundgängen in Mannheim hatte der KV Mannheim seine Mitglieder eingeladen

Am 20.1.26 trafen sich 20 Interessenten am Ehrenhof im Mannheimer Schloss und besichtigten unterschiedliche „Tatorte in Mannheim“. Ein ehemaliger Kriminalkommissar führte uns an Orte, an denen Verbrechen verübt worden waren. So waren wir an dem Haus, in dem der Schriftsteller August von Kotzebue von dem Studenten Karl Ludwig Sand ermordet wurde, erfuhren etwas über aktuelle Ermittlungsmethoden, die zur Verhaftung des Mörders einer litauischen Studentin im Jahre 2013 führte. Eine Führung ganz anderer Art fand am 12.5.26 in der Mannheimer Neckarstadt-West unter dem Motto „Stadt.Wand.Kunst – Street Art“ statt. Gemeinsam mit einer kompetenten Führerin machten wir uns vom neuen Messplatz auf in die Neckarstadt. Dort entdeckten wir allerlei Kunst an Häuserfassaden, die in den letzten 10 Jahren entstanden sind.



Gemalt von unterschiedlichen Künstler/-innen, die passend zum Haus und der Umgebung, Farben und Motive auswählten.

Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in unserem Kreisverband haben oder Informationen wünschen, wenden Sie sich an den Kreisverbandsvorsitzenden Ulrich Diehl: ulrich.diehl@vbe-bw.de

Bewährte Führung wiedergewählt – Mitgliederversammlung

Fristgemäß lud der KV Vorsitzende Ulrich Diehl alle Mannheimer Mitglieder zu einer ordentlichen Mitgliederversammlung am 8. April 2026 ein. Zunächst berichtete der Vorstand über die vergangenen Aktionen rund um die neu eingestellten Lehramtsanwärter und Lehrkräfte, Veranstaltungen für Mitglieder und die Vertretung in den Gremien. Danach wurde der Vorstand entlastet und es erfolgte eine Neuwahl. Wiedergewählt wurden als 1. Vorsitzenden Ulrich Diehl, Rektor an der Käthe-Kollwitz-Grundschule, als Stellvertreterin Eva Heuser, Realschullehrerin an der Feudenheim-Realschule und als Geschäftsführerin Sarah Niewerth, Lehrerin an der Brüder Grimm Grundschule in Feudenheim. Die Sitzung endete mit einem Ausblick auf kommende Veranstaltungen und die Delegiertenversammlung im Oktober.



V. li.: Sarah Niewerth, Ulrich Diehl, Eva Heuser

Aus den Kreisverbänden

KV Ostwürttemberg/Göppingen

Lehrkräftehock im Mai

Zweimal im Jahr lädt Tobias Weber, der Vertreter für junge Lehrkräfte im VBE-Kreisverband Ostwürttemberg/Göppingen, alle Lehrerinnen und Lehrer zum Lehrkräftehock ein – diesmal wieder ins altbewährte Restaurant Waldschenke in Affalterried. So saßen interessierte Lehrkräfte sowie aktive KV-Mitglieder entspannt zusammen. Beim griechischen Essen entstanden schnell lockere Gespräche, in denen ganz unkompliziert sowohl Berufliches als auch Privates ausgetauscht wurde. Die Zeit verging so rasant und kurzweilig, dass die Teilnehmenden sogar als letzte das Restaurant verließen. Gerne bietet der Kreisverband Ostwürttemberg/Göppingen dieses ungezwungene Treffen im Herbst wieder allen seinen Mitgliedern an, um die Möglichkeit zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch zu geben und würde sich sehr über weitere neue Gesichter freuen.



Gespräche bei leckerem Essen: Junglehrrervertreter Tobias Weber (links) lud zum „Griechen“ ein.

Kreisverband an der PH Schwäbisch Gmünd

Der monatliche VBE Stand an der PH Schwäbisch Gmünd war im Mai wieder sehr beliebt. Magdalena Hohn von der VBE Landesgeschäftsstelle hatte den Stand liebevoll vorbereitet und gestaltet. Dabei erhielt sie tatkräftige Unterstützung von den studierenden Mitgliedern Melissa Ilic und Gloria Zimaj und vom Kreisverband Ostwürttemberg/Göppingen. Diesmal war Yvonne Hänßler vor Ort, die bei der Standbetreuung mit den zukünftigen Kolleginnen und Kollegen ins Gespräch kam und diese über die Vorteile einer VBE-Mitgliedschaft informierte. Ein besonderes Highlight war erneut das kleine Glücksrad, das mit einem Dreh die studierenden Mitglieder zum Gewinner oder zur Gewinnerin machte. Außerdem konnten sie am Stand die beliebten Praxishelfer für Grundschule und Sekundarstufe I sowie die bewährten Studienhelfer mitnehmen. Kurz vor den Semesterferien wird der Kreisverband erneut Magdalena Hohn an der PH Schwäbisch Gmünd unterstützen.



V. li.: Melissa Ilic, Magdalena Hohn, Yvonne Hänßler, Gloria Zimaj

Wer muss täglich 1 kg Steine fressen?

Die Antwort und die entsprechende Begründung – nämlich ein Strauß und seine „Nahrungsverwertung“ – gab Hendrike Bosch den VBE Seniorinnen und Senioren des Kreisverbandes bei ihrem Besuch auf der Straußenfarm Lindenhof von Familie Bosch in Böhmekirch. Frau Bosch erzählte weiterhin, wie aus dem zunächst traditionell geführten Bauernhof dieses große, modern betriebene Anwesen entstand, auf dem heute inzwischen ca. 300 Tiere leben. Ständig werden Straußenkinder mit für sie entwickeltem Futter zu großen, imposanten Tieren herangezogen. Auch erwachsene Tiere werden mit selbst produziertem, speziell auf sie abgestimmtem Futter ernährt, so dass uns Menschen am Ende ein hochwertiges Fleisch zur Verfügung steht. Im Hofladen lockt weiterhin ein großes Angebot zusätzlicher Produkte aus regionaler Erzeugung zum Kauf. Zum Abschluss trafen sich die Seniorinnen und Senioren im hauseigenen Café und ließen sich mit selbstgemachten Kuchen und Torten verwöhnen.



Die Senioren und Seniorinnen des Kreisverbandes erlebten eine interessante Führung durch eine Straußenfarm.

Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in unserem Kreisverband haben oder Informationen wünschen, wenden Sie sich an die Kreisverbandsvorsitzende: karin.jodl@vbe-bw.de

KV Ostwürttemberg/Göppingen und KV Stuttgart

Telefonberatung der Personalrätinnen und Personalräte

Trotz der sehr heißen Temperaturen klingelte im Hause Krahn das Telefon häufig bei der Telefonberatung. Viele Kolleginnen und Kollegen wendeten sich an die VBE-Personalratsmitglieder des ÖPR beim Schulamt Göppingen und baten um fachliche Unterstützung. Mit ihrem fundierten Fachwissen beantworteten sie Fragen zur Elternzeit, Teilzeit, Abordnung und Versetzung, zum Auslandsschuldienst, zur familien- und pflegegerechten Arbeitszeitgestaltung und zu Regelungen bei längeren Krankheitsphasen. Auch Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter, die bisher noch keine Anstellung erhalten hatten, nutzten die Möglichkeit, sich über die weiteren Einstellungsverfahren beraten zu lassen. Im Herbst, vor dem Stichtag für die Abgabe der stellenwirksamen Veränderungswünsche (STEWI), bieten die VBE-Personalräte erneut diese beliebte Telefonfragezeit an. Darüber hinaus können Sie sich



Von links: Isabell Blumenschein, Yvonne Hänßler, Joseph Ott, Steffen Mack, Susanne Krahn, Karin Jodl, Heiko Fähnle

aber auch jederzeit an das Personalratsteam wenden, wenn Sie Fragen oder Beratungsbedarf haben.

KV Rottweil/Villingen-Schwenningen Teilpersonalversammlung

Im April fand die Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Rottweil/Villingen-Schwenningen statt. Die Vorsitzende Marianne Markwardt begrüßte die Teilnehmer und gab einen Rückblick über die stattgefundenen Veranstaltungen. Es folgte der Kassenbericht der Geschäftsführerin Ulrike Denzel und die einstimmige Entlastung des Vorstandes. Auf der Tagesordnung standen auch Neuwahlen. Marianne Markwardt wurde in ihrem Amt als Vorsitzende bestätigt. Das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden wurde neu besetzt, da Uli Griesser in den Ruhestand ging. Zur neuen stellvertretenden Vorsitzenden wurde Dorothee Reuter gewählt. In ihrem Amt als Geschäftsführerin wurde Ulrike Denzel bestätigt. Im Anschluss an die Wahlen hielt Dirk Lederle einen Vortrag zur Arbeitszeit von Lehrkräften. Dabei wurden das Deputatsmodell und Alternativen betrachtet. Die Impulse führten im Anschluss zu einer offenen Diskussion. Zum Abschluss der Versammlung wurden Mitglieder für ihre VBE-Zugehörigkeit geehrt.



Das Vorstandsteam: Marianne Markwardt, Dorothee Reuter, Ulrike Denzel

Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in unserem Kreisverband haben oder Informationen wünschen, wenden Sie sich an die Kreisverbandsvorsitzende: marianne.markwardt@vbe-bw.de

Besichtigung der neuen Realschule Donaueschingen

Am 11. Juni 2026 fand an der neuen Realschule in Donaueschingen eine Besichtigung statt. Katja Fox führte die interessierten Besucher durch die neue Sporthalle und das Schulgebäude. Das Cluster-System war dabei eine Besonderheit, die es auch baulich zu berücksichtigen galt. So hat jedes Cluster seinen eigenen Bereich mit Klassenzimmern, Lehrerzimmer und einem Aufenthaltsbereich mit Wasserspender. Natürlich wurden auch die naturwissenschaftlichen Räume, die Schulküche und Technikräume vorgestellt. Die Mensa/der Aufenthaltsraum kann mit dem angrenzenden Musikraum zu einer Bühne mit Publikumsbereich umfunktioniert werden. Den Abschluss der Führung bildete der Verwaltungsbereich mit einem großen Aufenthaltsraum für die Lehrkräfte. Herzlichen Dank an Katja Fox, die den Besuchern einen Einblick in zeitgemäßen Schulbau gab.



Katja Fox (2. von re.) führte interessierte Besucher durch die neue Donaueschinger Realschule.

Aus den Kreisverbänden

KV Tübingen/Reutlingen

Der VBE zu Gast in der Welt der Nudeln

Seniorinnen und Senioren des Kreisverbandes Tübingen/Reutlingen informierten sich im Rahmen einer Betriebsführung beim Nudelhersteller ALB GOLD in Trochtelfingen über alles Wissenswerte rund um die Herstellung von Nudeln. Dabei erhielten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sehr anschauliche und eindrucksvolle Einblicke in die Spätzle- und Nudelproduktion ergänzt um Informationen zur Geschichte und Entwicklung des Unternehmens. Neben der Besichtigung stand zudem der Besuch des Naturgartens von ALB-GOLD auf dem Programm. Dieser Garten präsentiert auf rund zwei Hektar Fläche unzählige Kräuter und Gemüse. Ein Bienenstand mit großem Sichtfester bot zudem einen sehr eindrucksvollen Blick auf die fleißigen Honigsammlerinnen. Selbstverständlich konnten die gezeigten Köstlichkeiten in geselliger Runde im Restaurant probiert oder vor Ort eingekauft werden.

Jürgen Grund, Seniorensprecher



Die Teilnehmer/-innen besuchten den Nudelhersteller ALB GOLD in Trochtelfingen.

Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in unserem Kreisverband haben oder Informationen wünschen, wenden Sie sich an den Kreisverbandsvorsitzenden: matthias.wuerth@vbe-bw.de

Personalversammlung des SSA Tübingen 2026

Am Dienstag, den 22.04.26 fand in der Rommelsbacher Wittumhalle die alljährliche Personalversammlung des ÖPR GHWRGS des SSA Tübingen statt, an der mehr als 200 Lehrkräfte teilnahmen. Auch dieses Jahr wurden von den Teilnehmern und Teilnehmerinnen einige Anträge beschlossen, die im Vorfeld eingereicht wurden. Die diesjährigen Impulsvorträge zum Thema „Inklusive Bildung: Schulische Praxis-zwischen Anspruch und Realität“, wurden von Prof.‘in Dr Kerstin Merz-Atalik von der PH Ludwigsburg sowie von Michael Hirn vom Hauptpersonalrat gehalten. Natürlich war auch der VBE KV Tübingen/Reutlingen mit einem Infostand anwesend, der auch dieses Mal gut besucht war und an dem in gewohnter Manier gute Gespräche mit den anwesenden Kollegen und Kolleginnen stattfanden. Wieder gerne angenommen wurden die praktischen Giveaways an unserem gut bestückten VBE Stand. Ein großer Dank geht an Anja Bartenschlager, Alexandra Tanneberger und Jürgen Grund für Ihre tatkräftige Unterstützung.



V. li.: Matthias Lipp, Alexander Weiß, Anja Bartenschlager, Jürgen Grund, Alexandra Tanneberger und Matthias Würth

Fortbildung zum Thema Lehrergesundheit mit Yogalehrerin Bettina Rahn

Am Mittwoch, den 29.04.26 veranstaltete der KV Tübingen/Reutlingen eine Fortbildung zum Thema Lehrergesundheit. Referentin war Bettina Rahn, Kollegin und ausgebildete Yogalehrerin, die den Teilnehmerinnen und Teilnehmern schnelle und unkomplizierte Übungen zur Stressbewältigung und Entspannung im Schulalltag näherbrachte. Nach einem kurzen theoretischen Abriss ging es umgehend zu praktischen Übungen auf die Yogamatten, um die Theorie in die Praxis umzusetzen. Nach zwei sehr kurzweiligen Stunden und voll „aufgeladenen Akkus“ endete die Veranstaltung mit guten Gesprächen und regem Austausch. Natürlich gab es wieder unsere gern angenommenen Giveaways. Vielen Dank an Bettina, die die Veranstaltung durch ihre Professionalität und unkompliziert freundlichen Art zu einem richtigen Schmankerl machte. Fortsetzung folgt mit Sicherheit. *Alexander Weiß*



Veranstaltungen der VBE Kreisverbände

Wer?	Wann?	Wo?	Was?
KV Stuttgart	18.09.2026 Freitag 14.30-18.30 Uhr	Staatl. Seminar Rosenbergstraße 49 70176 Stuttgart	Crashkurs Schul- und Beamtenrecht. Ein Streifzug durch die wichtigsten Bereiche des Schul- und Beamtenrechts. Schwerpunkt Grundschule. Mit Anja Bartenschlager und Alfred Vater. Anmelden bei: johannes.knapp@vbe-bw.de
KV Karlsruhe	25.09.2026 Freitag 16.30-18.30 Uhr	Nordschule Neureut Friedhofstraße 1 76149 Karlsruhe	Crashkurs Schul- und Beamtenrecht. Ein Streifzug durch die Bereiche des Schul- und Beamtenrechts. Nach einer Einführung werden Fallbeispiele besprochen und offene Fragen geklärt. Anmelden bei birgit.hannig-waag@vbe-bw.de
KV Karlsruhe	29.09.2026 Dienstag 16.00-18.00 Uhr	TELEFONBERATUNG	Telefonsprechstunde: Fragen zu stellenwirksamen Änderungen. Es berät Sie Giuseppe Pintaudi: 07251-982 48 99, Andrea Wieser: 0176-669 503 78, Birgit Hannig-Waag: 0152-338 413 52, Peter Jock: 0176-457 217 77
KV Karlsruhe	01.10.2026 Donnerstag 15.00-17.30 Uhr	JPH-RS Waghäusel Gymnasiumstraße 3 68753 Waghäusel	Work-Life-Flow. Selbstorganisation – Wie bringe ich alles unter einen Hut? Überblick über die rechtlichen Grundlagen zur Umsetzung der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf in der Schule. Anmelden bei andrea.wieser@vbe-bw.de
KV Karlsruhe	07.10.2026 Mittwoch Ab 17.00 Uhr	Min Ramen Bar Waldstraße 19 76133 Karlsruhe	Stammtisch der Bezirksgruppe Karlsruhe. Einladung zu einem Treffen und Kennenlernen in ungezwungener Atmosphäre. Gespräche rund um den Schullalltag stehen im Mittelpunkt. Anmelden bei robert.gaenger@vbe-bw.de
KV Karlsruhe	15.10.2026 Donnerstag Ab 17.30 Uhr	Pizzeria La Dolce Vita Württembergischer Str. 9 76646 Bruchsal	Stammtisch der Bezirksgruppe Bruchsal. Einladung zum gemeinsamen Beisammensein und gegenseitigen Austausch. Haben Sie ein Anliegen? Bringen Sie es einfach mit. Anmelden bei: rebekka.mack@vbe-bw.de
KV Karlsruhe	20.10.2026 Dienstag Ab 16.00 Uhr	Treff: Gaststätte „im Schlachthof“, Karlsruhe	Der Alte Schlachthof – Geschichte und Kreativität erleben. Bei der spannenden Führung entdecken wir, wie sich das ehemalige Industrieareal zum Kreativ- und Kulturpark entwickelt hat. Anmelden bei robert.gaenger@vbe-bw.de

VBE KiTa- und Grundschulnachmittag 7. Oktober 2026 ab 14.00 Uhr

**SAVE the
DATE!**

Humor – Schlüsselkompetenz für Kommunikation, Lernfreude, Gesundheit und Gelassenheit

Raphael Kirsch gastiert im CCP Pforzheim

Raphael Kirsch ist Keynotespeaker, Deeskalationstrainer und systemischer Coach. Er lebt, was er lehrt. Mit seinem humorvollen, interaktiven Vortragsstil begeistert er regelmäßig pädagogische Fach- und Lehrkräfte.

**Für alle interessierten Lehrkräfte und pädagogischen Fachkräfte
aus Kindertageseinrichtungen.**





An die Wolken

Und immer wieder,
wenn ich mich müde gesehn
an der Menschen Gesichtern,
so vielen Spiegeln
unendlicher Torheit,
hob ich das Aug
über die Häuser und Bäume
empor zu euch,
ihr ewigen Gedanken des Himmels.

Und eure Größe und Freiheit
erlöste mich immer wieder,
und ich dachte mit euch
über Länder und Meere hinweg
und hing mit euch
überm Abgrund Unendlichkeit
und zerging zuletzt
wie Dunst,
wenn ich ohn` Maßen
den Samen der Sterne
fliegen sah
über die Acker
der unergründlichen Tiefen.

Christian Morgenstern (1871-1914)